

DIE WIRTSCHAFT

DAS WIRTSCHAFTS-MAGAZIN FÜR KÖLN UND DIE REGION

GESUNDE BRANCHE?

Die Gesundheitswirtschaft und
ihre Herausforderungen

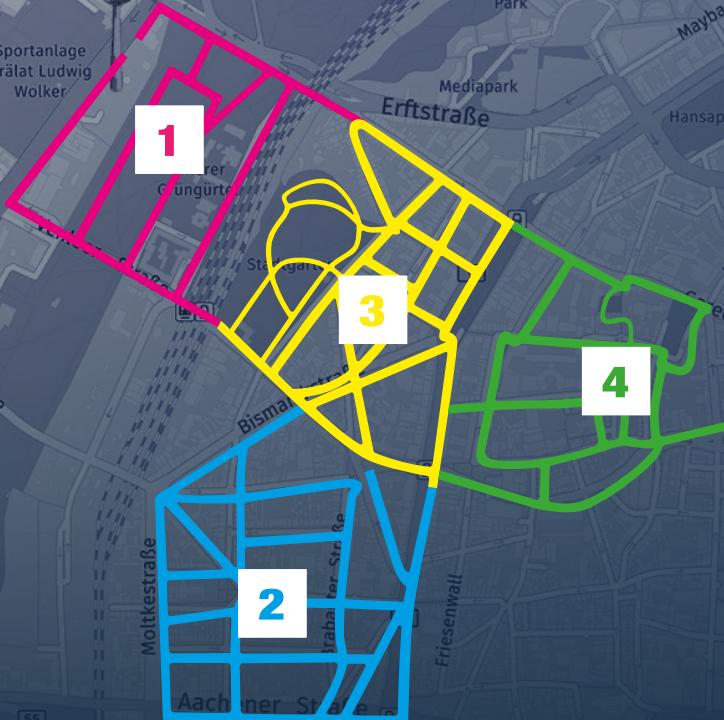


PROGRAMME IM CHECK

Das planen die Parteien

STEIGENDE NACHFRAGE

Hoher Bedarf an Büroflächen

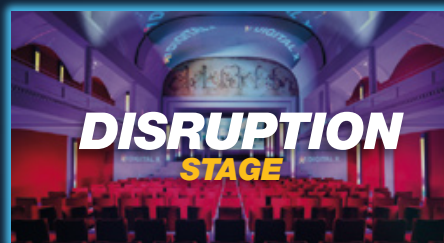


Bei der DIGITAL X 2021 ist alles anders – und doch wieder nicht. Statt in einer zentralen Location sind wir in über 100 Locations (Bars, Boutiquen, Restaurants, Design-Houses uvm.) und verwandeln die Stadt Köln für 48 Stunden zur Weltausstellung der Digitalisierung. Erleben sie über 300 nationale wie internationale Top-Speaker auf unseren Stages und treffen Sie in exklusiven Brand Houses Partner und Marken zum Matchmaking & Netzwerken.

Besucher pendeln eigeninitiativ und agil zu Fuß, per E-Scooter, mit Shuttlebussen oder Rikschas von Quartier zu Quartier.

- 1** **INSPIRATION QUARTIER**
AM COLONIUS IM KÖLNER GRÜNGÜRTEL
- 2** **DISRUPTION QUARTIER**
IM BELGISCHEN VIERTEL
- 3** **FUTURE QUARTIER**
AM KÖLNER STADTGARTEN
- 4** **INTERACTIVE QUARTIER**
IM FRIESENVIERTEL

MAIN STAGES



UND VIELE MEHR...

Sichern Sie sich jetzt Ihr Ticket für die DIGITAL X 2021 und seien Sie am 07. & 08. September live in Köln #DABE!

LIEBE LESERINNEN UND LESER,



wie gesund ist eigentlich unser Gesundheitssystem? Oder wie krank? Das große Feld der Gesundheit spielt für die Stadt eine wichtige Rolle. Allein die Uniklinik beschäftigt knapp 11.000 Mitarbeiter und ist somit einer der größten Arbeitgeber in Köln. Aber es fehlt Fachpersonal an allen Ecken und Enden. Der Arbeitsmarkt ist leer gefegt, auf 100 offene Stellen kommen im Bereich Krankenhauspflege nur 24 Arbeitslose, so das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln. Da sind die Arbeitgeber gefragt. Mit interessanten Arbeitszeitmodellen, mit Einstellung von mehr Personal und mit besserer Bezahlung – also monetär und nicht akustisch – müssen die Pflegeberufe wieder interessant werden. Vor allem in der Altenpflege, denn die Bevölkerung altert, der Bedarf an Fachkräften steigt weiter.

Und wie geht's dem Klima? Eher nicht prima. Der aktuelle Bericht des Weltklimarates stellt klar, dass der menschliche Einfluss der wesentliche Treiber für die Erderwärmung wie auch die Zunahme von Extremwetterereignissen ist. Welche Ausmaße solche Wetterkapriolen haben, konnten wir vor unserer Haustür – genauer im Ahrtal und in weiteren Teilen der Eifel – sehen. Dass dabei fast 200 Menschen ums Leben kamen, ist nicht zuletzt einer viel zu späten Warnung der Bevölkerung geschuldet. Wer dafür letztendlich die Verantwortung trägt, sollte ermittelt und entsprechend verurteilt werden.

Was macht die Qual der Wahl? Am 26. September ist es mal wieder so weit, wir sind

aufgerufen, den neuen Bundestag zu wählen. Für Spannung ist gesorgt. Mit der Grünen-Politikerin Annalena Baerbock könnte auf 16 Jahre Angela Merkel erneut eine Kanzlerin folgen. Allerdings kam sie über die etwas saloppe Auslegung ihres Lebenslaufes und nicht korrekt gekennzeichnete Zitate in ihrem neuen Buch schon ein wenig ins Straucheln. Auch Unionskandidat Armin Laschet hat durch sein Lachen während einer Rede des Bundespräsidenten vor den Flutopfern Punkte eingebüßt. SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz fiel weder positiv noch negativ weiter auf – die Fehler der Konkurrenz bringen ihn gut in Stellung. Was sich die Parteien mit Fünf-Prozent-Aussicht vorgenommen haben, können Sie bei uns nachlesen. Oder Sie studieren die kompletten Wahlprogramme der Parteien. Man muss kein Prophet sein für das, was kommt: Es wird teuer, egal wie die Parteien es verpacken.

Und was tut sich in Köln? Der Büromarkt wird in den kommenden zehn Jahren weiterwachsen. Corona sorgte nur für eine leichte Delle in der Aufwärtskurve. In gleicher Weise sind auch gute Lager- und Logistikimmobilien gefragt. Und die Stadt investiert endlich angemessen in den Bau neuer Schulen beziehungsweise in den Erhalt der Bestands-Schulbauten. Was nicht darüber hinwegtäuschen darf, dass gerade beim Schulbau in den vergangenen Jahrzehnten viel zu wenig investiert wurde. Die Leidtragenden waren und sind die Kinder. Denn bis jedes Kölner Kind an der Schule seiner Wahl einen Platz findet, ohne die halbe Stadt durchqueren zu müssen, werden weitere Jahre vergehen.

Herzlichst

Eugen Weis, Herausgeber

**IMMER
UP TO
DATE**

www.diewirtschaft-koeln.de

MARTIN MÜLLER MISTER MATCHING

**Bis zu
30
XING Events
in Köln**

Online finden –
offline binden

XING Marketing zur Kundengewinnung!

- Professionelle XING-Profile & XING-Portfolios
- Individuelle XING-Marketingpläne
- Business Events mit Wirkung
- Kunden gewinnen online & offline

Der Ansprechpartner für
Kundengewinnung und Reichweite:


MÜLLER CONSULT
...macht's möglich!

Sophienstraße 3 - 51149 Köln
Tel.: 02203-97724-60

Email: m.mueller@muellerconsult.com

www.muellerconsult.com

HIGHLIGHTS DIESER AUSGABE



Foto: Syda Productions - stock.adobe.com

GESUNDHEITSWIRTSCHAFT

Große Branche mit komplizierter Zukunft

..... ab Seite 06



Foto: XYZ - stock.adobe.com

KONJUNKTUR BEI KMU

Verbesserte Stimmung und leichter Optimismus

..... ab Seite 10



Illustration: AmannDesign

WAHLPROGRAMM-CHECK

Das planen die Parteien nach der BTW

..... ab Seite 16

IMPRESSUM



Verlag und Herausgeber:

Weis Wirtschaftsmedien GmbH
Eugen Weis
Hahnenstr. 12, 50667 Köln
Telefon 0221.4743924
info@diewirtschaft-koeln.de
www.diewirtschaft-koeln.de

Objekt- und Anzeigenleitung:

Alex Weis
Hahnenstr. 12, 50667 Köln
Telefon: 0221.4743924
anzeigen@diewirtschaft-koeln.de

Redaktionsleitung:

Matthias Ehlert (ViSDP)
Hahnenstr. 12, 50667 Köln
redaktion@diewirtschaft-koeln.de

Redaktion:

Matthias Ehlert (me), Heribert Eiden (he),
Monika Eiden (mei), Christian Esser (ce),
Jana Leckel (jl), Meike Sturat (ms),
Astrid Waligura (aw), Eugen Weis (ew)

Jahrgang: 6, Heft 6/2021

Auflage: 17.000 Exemplare

Fotos: stock.adobe.com, Alex Weis,
Envato, sowie Kunden und privat

Druck: Druckhaus DOC
Zeißstr. 23-27, 50171 Kerpen
Telefon: 02237.9757011

Gestaltung / Layout:

Amann Design
Rixdorfer Str. 9, 51063 Köln
Telefon 0221.3465088
www.amanndesign.de


© Weis Wirtschaftsmedien GmbH 2021 - Nachdruck und Vervielfältigungen jeglicher Art, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages. Alle Urheberrechte liegen bei DIE WIRTSCHAFT  / oder beim Verlag bzw. den Autoren. Auch Werbeschaltungen sind urheberrechtlich geschützt. Es gelten unsere AGBs. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. Unser Verlag wird beraten und rechtlich vertreten durch: Rechtsanwälte Stiletto Wilhelm & Kollegen.



Foto: Race157 - stock.adobe.com

BÜROSTANDORT KÖLN

Der Bedarf wächst stetig
..... ab Seite 20



Foto: Alex Weis

ENDE EINER ÄRA

Ereignisreiche 16 Merkel-Jahre
..... ab Seite 36



Fotogramaset - stock.adobe.com

GETRÄNKE-START-UPS

Prickelnde regionale Ideen
..... ab Seite 38

WEITERE THEMEN:

- Vereinbarkeit im Unternehmen .. S. 12
- Kölner Logistikmarkt S. 24
- Innenstadt-Probleme S. 26
- E-Scooter in Köln S. 28
- Kommunaler Schulbau S. 34
- ... und vieles mehr ...

**IMMER
UP TO
DATE**



www.diewirtschaft-koeln.de

Bei **AMP, Local Based Services, Responsive-Design** oder **DSGVO** stehen Sie auf dem Schlauch?

KEIN PROBLEM!



SEARCH ENGINE
OPTIMIZATION (SEO)

WEBSITE-BUILDING

SOCIAL MEDIA
BETREUUNG

MARKETING

DSGVO-BERATUNG

E-COMMERCE

SEARCH ENGINE
MARKETING (SEM)

MOBILE APPS

Ob lokaler Dienstleister, KMU, Start-up oder Großprojekt: Mit über 10 Jahren Erfahrung in der digitalen Welt, helfen wir auch Ihnen beim erfolgreichen Auf- oder Ausbau Ihrer Online-Präsenzen.



CityNEWS Verlag

Hahnenstr. 12, 50667 Köln

Tel.: 0221 - 47 43 923

info@citynews-koeln.de

Hinweise: Es gilt die Anzeigenpreisliste aus November 2020. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in jedem Falle die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt **DIE WIRTSCHAFT** keine Haftung. Für fehlerhafte oder unterbliebene Angaben übernehmen wir keine Gewähr. Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Es gelten unsere AGBs.

Copyright/ Urheberrecht: Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung von Weis Wirtschaftsmedien GmbH. Alle Urheberrechte liegen bei **DIE WIRTSCHAFT** bzw. den Autoren. Auch Werbeschaltungen sind urheberrechtlich geschützt. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

Datenschutz/Disclaimer: Sie finden in unserer Print-Ausgabe an verschiedenen Stellen sogenannte QR-Codes. Diese ermöglichen Ihnen mit

einer App für das Smartphone oder Tablet diese einzuscannen. Daraufhin werden Sie bequem direkt zu dem jeweiligen Online-Angebot weitergeleitet. Auf unserem Internetangebot finden Sie bspw. weiterführende Infos oder können direkt an Gewinnspielen teilnehmen. Dabei erheben wir Analysedaten für statistische Zwecke und zur Verbesserung unseres Angebots, die wir bspw. durch anonymisiertes Tracking erfassen. Es werden dabei keinerlei persönliche Daten erfasst oder an Dritte weitergegeben.

Weitere Informationen und die Möglichkeiten diese Datenerhebung zu unterbinden finden Sie online in unserer Datenschutzerklärung unter: www.diewirtschaft-koeln.de/datenschutzerklaerung Zudem können Sie direkt auf Links klicken, die sich in unserer Ausgabe befinden (z.B. im E-Paper oder der PDF-Version). Der Verlag übernimmt dabei keine Haftung für etwaige Fehler oder Irrtümer und wir weisen daraufhin, dass allein die jeweiligen Seitenbetreiber für die Inhalte verantwortlich sind.

Stand August 2021



Foto: Syda Productions - stock.adobe.com

Insgesamt geht es der Gesundheitswirtschaft gut. Es gibt aber die eine oder andere Rhythmusstörung.

GESUNDE BRANCHE?

Die Gesundheitswirtschaft und ihre Herausforderungen

Im Frühjahr 2020 gab es Applaus, jeden Abend schallte es aus den Fenstern und von den Balkonen der Anwohner. Der Applaus galt denjenigen, die in der Gesundheitswirtschaft arbeiten, besonders dem Personal in Krankenhäusern sowie Alten- und Pflegeheimen. Applaus gibt es keinen mehr, doch hätte die Gesundheits- und Pflegebranche diesen verdient, nicht nur wegen des belastenden Arbeitsalltags der Arbeitnehmer...

2019 erwirtschaftete die Gesundheitswirtschaft etwa 12 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Jeder achte Euro, der in Deutschland erwirtschaftet wird, geht auf die Gesundheitswirtschaft zurück (NRW 10,2 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung in 2020). Die Automobilindustrie würde bei solchen Werten jublieren. Die Gesundheitswirtschaft lässt sich in zwei große Bereiche aufteilen und setzt sich insgesamt aus zahlreichen unterschiedlichen Akteuren zusammen. Darunter fällt die „klassische“ Gesundheitsversorgung, dazu zählen vor allem die Leistungen, die von den Kranken- und Pflegeversicherungen übernommen werden. Darüber hinaus gibt es einen zweiten Gesundheitsmarkt, der die privat finanzierten Produkte und Dienstleistungen umfasst. Dazu zählen Arzneimittel im freien Verkauf oder auch Fitness- und Wellnessangebote sowie Gesundheitstourismus. Darüber hinaus ist die deutsche Gesundheitswirt-

schaft äußerst exportfreudig. Laut Bundesgesundheitsministerium gingen 2019 Exporte im Wert von über 131 Milliarden Euro in andere Länder. Das entspricht gut acht Prozent der Gesamtexporte. Zudem sind etwa 5,7 Millionen Arbeitnehmer hierzulande in der Gesundheitswirtschaft beschäftigt, ein Großteil arbeitet in ambulanten bzw. stationären Einrichtungen wie Krankenhäusern. Ein Blick nach Nordrhein-Westfalen: Laut IT.NRW arbeiteten 2020 1,28 Millionen Menschen im Gesundheitsbereich, das entspricht etwa jedem siebten Erwerbstätigen bzw. 13,4 Prozent. In Köln waren Mitte 2020 75.400 Menschen im Gesundheits- und Sozialwesen beschäftigt. Dies entspricht etwa 13 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Domstadt. Die Uniklinik Köln ist mit ihren etwa 10.900 Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber der Stadt. Darüber hinaus gibt es noch 18 weitere Kliniken auf dem

Stadtgebiet. Hinzu kommen zahlreiche Alten- und Pflegeheime, Arztpraxen, ambulante Pflegedienste und Apotheken.

Zu wenig Personal

Doch es sind nicht genug. Die Gesundheitswirtschaft leidet seit Jahren unter dem Mangel an Fachkräften. An der Ausstattung in den Krankenhäusern mangelt es, insbesondere bezogen auf die Coronapandemie nicht. Deutschland verfügt weltweit über die dritthöchste Bettendichte hinter Japan und Südkorea, zu Beginn der Pandemie gab es in der Bundesrepublik viermal mehr Beatmungsgeräte als im Nachbarland Frankreich. Die Belastung für das Gesundheitswesen während der Pandemie ist groß, eine Überforderung des Systems gab es im Vergleich zu einigen anderen Ländern aber nicht. Allerdings zeigt eine Studie des IW Köln aus dem vergangenen Jahr, dass Deutschland nur im Mittelfeld rangiert, wenn es darum geht, wie viele Patienten auf einen Pfleger kommen. Es fehlt an Personal. Dies führt zu häufigen Überstunden bei den Arbeitnehmern, und das nicht immer bezahlt. Zehntausende Arbeitsplätze in Kliniken und

Pflegeeinrichtungen können nicht passend besetzt werden. Die Betriebe werben massiv um Fachkräfte, teilweise mit vierstelligen Einstiegsprämien für neue Pfleger. Die Coronapandemie hat den Fachkräftemangel durch reduzierte Reisemöglichkeiten womöglich noch einmal verstärkt. Die Gesundheits- und Pflegebranche ist seit Jahren auf ausländische Arbeitnehmer angewiesen, die für ihre neue Stelle nach Deutschland immigrieren.

Nun gibt es bereits einen Fachkräftemangel und die Aussichten für die Zukunft sind nicht gerade günstig. Die Bevölkerung altert, der demografische Wandel schreitet voran und immer mehr Menschen sind auf Pflegeleistungen und Unterstützung angewiesen. Um diese Menschen zu versorgen, braucht es qualifiziertes Personal, das schon heute fehlt.

Das Problem mit dem Geld

Die Impfungen gegen das Coronavirus, das neue künstliche Hüftgelenk, eine Packung Paracetamol oder die zahlreichen Pflegeleistungen, wie die Hilfe beim Ankleiden oder bei Toilettengängen – das alles kostet Geld, viel Geld. Da stellt sich die Frage der Finanzierung. Ärzte und Pfleger haben zudem nicht nur einen körperlich anstrengenden, sondern auch psychisch belastenden Job. Ganz deutlich zeigt sich dies an den zahlreichen Corona-Intensivstationen, wo Ärzte und Pfleger mit großem Aufwand versuchen, schwer am Coronavirus erkrankten Menschen zu helfen. Trotz teils wochenlanger Beatmung sterben täglich Menschen. Jedes Mal, wenn ein Patient eine COVID-Station gesund verlässt, ist dies ein Grund zum Feiern. Gerade der Lohn des Kranken- und Altenpflegepersonals ist regelmäßig Diskussionsthema in Gesellschaft und Politik. Ein höheres Lohnniveau wäre sicher auch ein Mittel gegen den anhaltenden Fachkräftemangel. Doch obwohl es im Gesundheitswesen aufgrund der Pandemie viel zu tun gibt, leidet die Gesundheitswirtschaft insgesamt doch sehr unter den Folgen. Die Coronapandemie hat die Krankenkassen wie auch die gesamte Gesundheitsbranche schwer belastet. Die Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft in NRW sank 2020 auf 64,5 Milliarden Euro, ein Rückgang von preisbereinigt 5,2 Prozent gegenüber 2019.

Finanzielle Belastungen für das System

Nicht nur die Bruttowertschöpfung war rückläufig, auch die Krankenkassen haben

einige Probleme bei ihrer Finanzierung. Im ersten Quartal 2021 machten die 103 gesetzlichen Krankenkassen laut Bundesgesundheitsministerium einen Verlust von 148 Millionen Euro. 69,3 Milliarden Euro nahmen die Kassen ein, Leistungen in Höhe von 69,4 Milliarden Euro wurden erbracht. „Die Pandemie hat auch im 1. Quartal 2021 die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung deutlich beeinflusst. Die vorliegenden Daten lassen aber noch keine valide Prognose für die weitere Finanzentwicklung der GKV zu. Erst wenn die Daten des 1. Halbjahres vorliegen, wissen wir, ob der von der Koalition beschlossene ergänzende Bundeszuschuss von 7 Mrd. Euro für 2022 angepasst werden muss, um den durchschnittlichen Zusatzbeitrag stabil zu halten“, so Bundesgesundheitsminister Jens Spahn.

Auch die Daten der Deutschen Industrie- und Handelskammer zeigen, dass sich die Gesundheitswirtschaft nach einem besonders schwierigen Jahr 2020 nur langsam erholen kann. Die gesamte Branche wurde von der Pandemie im Vergleich zur Finanzkrise 2008/2009 sogar noch stärker getroffen. Besonders die Bereiche Medizintechnik sowie der Handel mit Gesundheitsgütern litt massiv unter dem Wirtschaftseinbruch im vergangenen Jahr. Einzig die pharmazeutische Industrie kam ohne tiefgreifenden Ausreißer durch die bisherige Pandemie, musste aber auch Verluste hinnehmen. Das Niveau von vor der Krise konnte bislang noch nicht wieder erreicht werden. Die Stimmung der Gesundheitswirtschaft liegt allerdings über der der Gesamtwirtschaft. Laut der Befragung der DIHK blickt die Gesundheitswirtschaft wieder zuversichtlicher in die Zukunft. Der Aufholprozess der Branche soll sich fortsetzen. Allerdings rü-

cken neben dem Fachkräftemangel bei den Betrieben der Gesundheitswirtschaft wieder zunehmend wirtschaftspolitische Risiken in den Fokus. Die Hälfte der Unternehmen bewertet die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen als größtes Risiko.

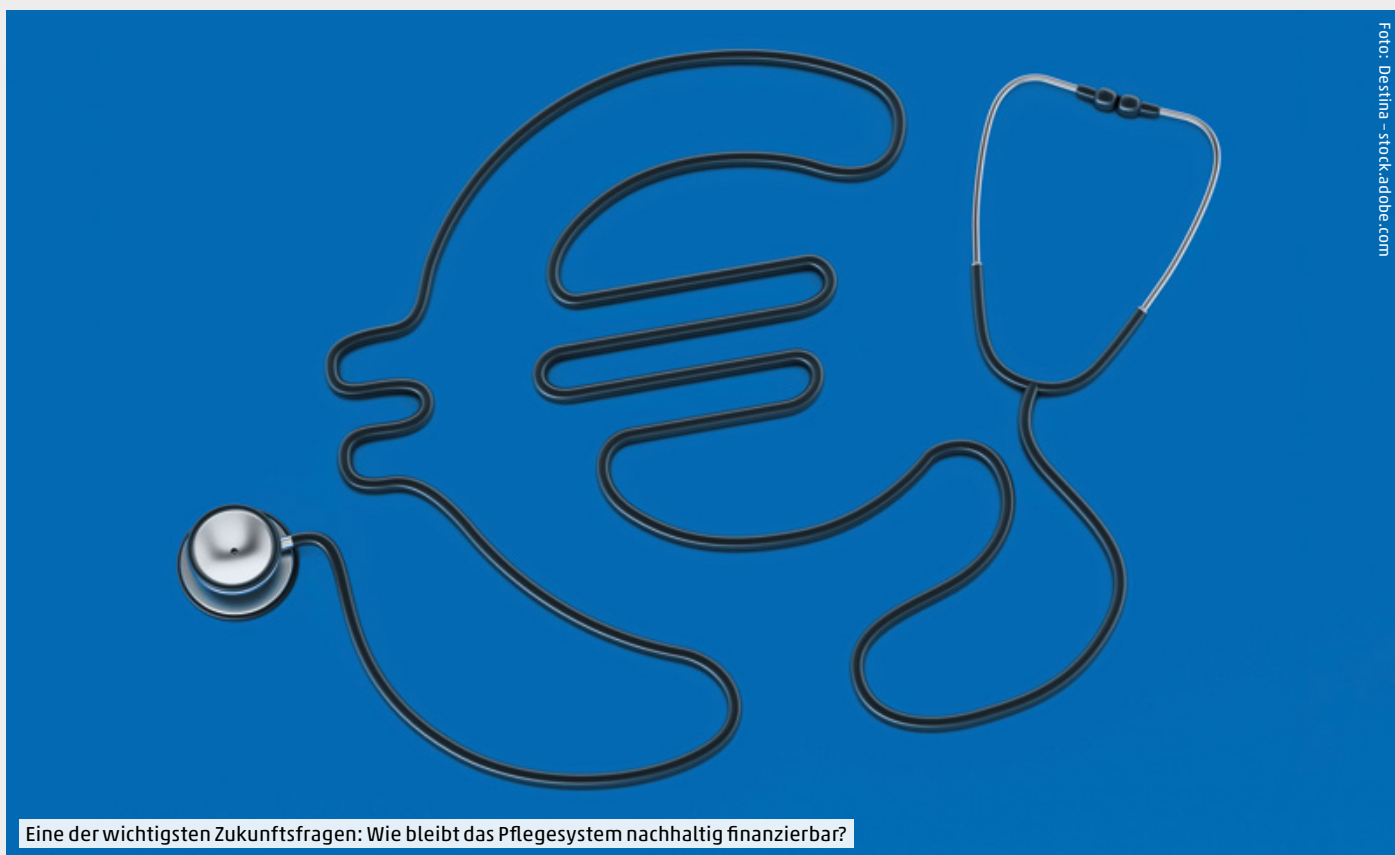
Wenn die Kneipe für Gesundheit steht

Ein Kölsch in der Veedelskneipe ist ein Genuss, aber sicher nicht gesundheitsfördernd. Viele Unternehmen, die durch die Pandemie massiv in ihrem Arbeitsalltag eingeschränkt wurden, waren plötzlich Feuer und Flamme beim Thema Gesundheit. Ob Spielcasino, Einzelhändler in Not oder die Kultkneipe – sie machten aus der schwierigen Situation eine Tugend und stellten das bisherige Geschäftskonzept auf den Kopf und wurden zum Testzentrum –, erst ein Nasen- und Rachenabstrich im Innenraum, danach die Einladung in den Biergarten draußen. Im Frühjahr breitete sich national das Angebot für kostenlose Coronatests massiv aus und noch immer sind zahlreiche Anbieter vorhanden. Doch dies wird sich in naher Zukunft ändern. Der Bund wird nur noch bis zum 11. Oktober die Kosten für die Testangebote übernehmen. Dann endet das Angebot. Die Kosten für den Bund rund um die Testangebote sind enorm. Einst kalkulierte das Gesundheitsministerium mit Gesamtkosten von etwa einer halben Milliarde Euro. Die tatsächlichen Ausgaben bis Mitte Oktober werden aber deutlich darüber liegen. Allein im Monat Mai sollen die Tests Kosten von etwa 500 Millionen Euro erzeugt haben.

Christian Esser



Schwer an COVID-19-Erkrankte müssen oft wochenlang beatmet werden



Eine der wichtigsten Zukunftsfragen: Wie bleibt das Pflegesystem nachhaltig finanzierbar?

ZUKUNFT DER PFLEGE

Wer soll das bezahlen? Wer hat so viel Geld?

Rente und Pflege – der Staat und die Gesellschaft zahlen die erbrachte Lebens(-arbeits)leistung zurück. Wer jahrzehntelang hart gearbeitet hat oder auch Arbeit gegeben hat, verdient ohne jeden Zweifel einen guten und würdigen dritten Lebensabschnitt nach der Kindheit/Jugend und dem Arbeitsleben.

In der Theorie klingt das einfach, also das mit dem guten und würdigen Lebensabschnitt, gern garniert mit Enkelkindern und vielen schönen anderen Dingen, die Spaß und Freude bringen, und für die Dinge, die einem nicht mehr ganz so leichtfallen im zunehmenden Alter, noch ein paar helfende Hände. In der Praxis wird die Umsetzung immer schwieriger in Zukunft, gerade das mit den helfenden Händen. Dabei gibt es doch so große Fortschritte. Die Gesundheitswirtschaft forscht und entwickelt. Durch medizinische Weiterentwicklungen und neue Heilmethoden werden die Menschen deutlich älter als noch vor einigen Jahrzehnten. Immer mehr Krankheiten können medikamentös behandelt werden. Und mit zusätzlicher Medizintechnik wie Herzschrittmachern, künstlichen Gelenken und Co. wird der dritte Lebensabschnitt immer länger. Das heißt auch, dass Renten deutlich länger ausgezahlt werden, gleichzeitig steigt der Pflegebedarf durch

den demografischen Wandel. Hinzu kommen auch noch diejenigen, die schon Pflege benötigen, bevor sie überhaupt das ursprünglich avisierte Renteneintrittsalter erreichen. Gleichzeitig stehen der derzeit in Rente gehenden Babyboomer-Generation der Nachkriegszeit immer weniger Menschen entgegen, die das System mit ihren Beiträgen auch künftig tragen. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen Wege finden, wie Renten und Pflege auch noch in 30, 40 Jahren finanzier- und leistbar sein werden.

Nicht viel übrig geblieben

Was einmal eine große Pflegereform werden sollte, war dann, als es beschlossen wurde, nur noch ein Bruchteil dessen, was einmal geplant war. Umstritten bleibt, ob das beschlossene Gesetzespaket, das vor der Sommerpause von Bundestag und Bundesrat verabschiedet wurde, auch wirk-

lich Verbesserungen bringen wird. „Mit höheren Löhnen, mehr Kompetenzen und mehr Kolleginnen und Kollegen machen wir den Pflegeberuf attraktiver. Gleichzeitig entlasten wir Pflegebedürftige und ihre Familien in Milliardenhöhe. Das Gesetz sorgt außerdem für mehr Vernetzung, Qualität und Transparenz in der Versorgung. So stärken wir unser Gesundheitssystem – damit es auch in Zukunft zu den besten zählt“, äußerte sich Bundesgesundheitsminister Jens Spahn zum Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz (GVWG). Eine wichtige Neuerung betrifft die Bezahlung von Pflegekräften nach Tariflöhnen. Ab dem September 2022 erhalten nur die Pflegeanbieter Geld von den Pflegekassen, sofern sie mit den Angestellten eigene Haustarifverträge abgeschlossen haben oder sich nach einem anderen Tarifvertrag der Branche richten. Laut Bundesarbeitsminister Hubertus Heil könnten mehr als 500.000 Arbeitnehmer in der Altenpflege davon profitieren. Monatlich seien bis zu 300 Euro mehr möglich. Kritik gibt es allerdings von Gewerkschaften und Berufsverbänden, die nicht an einen solch großen Erfolg des GVWG glauben.

„Dieses Gesetz wird den pflegepolitischen Herausforderungen nicht gerecht“, diagnostiziert Christel Bienstein, Präsidentin des Deutschen Berufsverbands für Pflegeberufe. Die angekündigte Reform der Pflegeversicherung sei mit ihrer Deckelung der Eigenanteile mehr Ankündigung als Wirkung für die Bewohner. „Auch die Regelung zur Verbesserung der Gehälter für Pflegenden in der Langzeitpflege wird für die große Mehrheit nicht spürbar sein“, so Bienstein. „Ein wichtiges Ziel der Konzertierten Aktion Pflege war ein flächendeckender Tarifvertrag für die Langzeitpflege. Dieses Ziel wurde ebenso verfehlt wie die vereinbarte schnelle Einführung eines Personalbemessungsverfahrens. Es kommt zwar der gesetzliche Auftrag zur Entwicklung eines Pflegepersonalbemessungsverfahrens im Krankenhaus bis 2025, wir fordern aber die sofortige Einführung der PPR 2.0 als dringend notwendige Zwischenlösung im Krankenhaus. Dies wurde rundweg abgelehnt.“ Der Arbeitgeberverband Pflege sieht ebenfalls Probleme beim GVWG: „Damit die Verpflichtung zur tariflichen oder tarifähnlichen Bezahlung nicht zu Versorgungsunsicherheiten führt und voll zulasten der Arbeitgeber geht, müssen höhere Löhne vom ersten Geltungstag an auch voll refinanziert werden. Gesetze beschließen, ohne die Folgen, die sich daraus ergeben, zu bedenken, ist nicht mit seriöser Politik in Einklang zu bringen. Es dürfen keine Finanzierungslücken entstehen, die dann auf die Pflegebedürftigen umgelegt werden müssten. Denn der Kostensunami für die Pflegebedürftigen, ihre Angehörigen und die Pflegekassen ist bereits programmiert“, so Isabell Halletz, Geschäftsführerin des Arbeitgeberverbands Pflege e. V.

Eigenanteile steigen deutlich

Das GVWG soll neben höheren Löhnen für das Pflegepersonal auch Entlastungen für die Pflegebedürftigen bringen. Ursprünglich wollte Spahn den Eigenanteil für die Pflegekosten im Monat auf 700 Euro deckeln. Daraus wurde nichts, da es zu teuer geworden wäre. Dennoch soll es eine spürbare Entlastung geben. Damit die Kosten für einen Aufenthalt in einem Pflegeheim gedeckt werden, zahlt die Pflegeversicherung feste Zuschüsse. Was darüber hinausgeht, zahlen die Pflegebedürftigen sowie ihre Angehörigen. Die Kosten für Pflegeheimbewohner sind schon jetzt enorm hoch. Zudem belegt NRW im nationalen Vergleich der Bundesländer den Spitzen-

rang. Im Schnitt muss jeder Pflegeheimbewohner in NRW monatlich etwa 2.460 Euro berappen. Darin sind alle Kosten neben den Pflegeleistungen wie Unterbringung, Verpflegung etc. enthalten. Dies hat der Verband der Ersatzkassen ermittelt. Innerhalb eines halben Jahres stiegen die monatlichen Kosten gemäß der aktuellen Erhebung vom Januar 2021 um 55 Euro. Der Bundesdurchschnitt liegt bei monatlich 2.068 Euro. Als Anhaltspunkt: Die durchschnittlich überwiesene gesetzliche Rente betrug Ende 2020 laut Bundesministerium 982 Euro.

Ende 2019 galten rund 4,25 Millionen Menschen in Deutschland als pflegebedürftig. Nach Schätzungen könnte die Zahl der pflegebedürftigen Menschen bis 2050 auf fast sechs Millionen steigen. Der überwiegende Teil der Menschen mit Pflegegrad wird im häuslichen Umfeld betreut (3,31 Millionen). Bei etwa 2,3 Millionen Pflegebedürftigen übernehmen die Angehörigen die Pflege. 70 Prozent der pflegenden Angehörigen sind Frauen. Frauen machen mit etwa drei Viertel aller Beschäftigten auch einen Großteil der 5,7 Millionen Beschäftigten in der Gesundheitswirtschaft aus.

Digitale Potenziale nutzen

Digitalisierung, Automatisierung und KI sind sicher kein Allheilmittel, haben in der Gesundheitswirtschaft aber eine zunehmende Bedeutung. Seit Jahren gibt es robotergestützte Operationsverfahren für minimalinvasive Eingriffe. Längst gibt es Pilotprojekte mit Pflegerobotern, die dem menschlichen Personal in Zukunft so man-

chen Patientengang ersparen könnten. In der Diagnostik und für Behandlungspläne, bspw. bei der Behandlung von Krebserkrankungen, kommen modernste Methoden zum Einsatz, die über die Eingabe von Daten bspw. individuelle Versorgungs- und Behandlungspläne erstellen können. Zahlreiche Forschungsteams arbeiten weltweit an neuen Programmen und Geräten. Ärzte, Pfleger und KI rücken immer näher zusammen. Wichtig bei all den Neuheiten und Weiterentwicklungen ist, dass das medizinische Personal wieder mehr Zeit und Raum für die Pflege und Interaktion mit dem Patienten erhält. Ein Großteil der Arzttätigkeit und der Pflege besteht aus der Dokumentation. Die Bürokratie fordert den Arbeitnehmern einiges ab. Teilweise führt dies auch zu Überforderung oder Ungenauigkeit. Auffällig wird dies bspw. beim Process-Mining. Oft werden Daten unvollständig und nicht korrekt eingegeben, wie Start und Ende einer Behandlung. Die Berechnung von Modellen und Handlungsempfehlungen wird dadurch schwieriger. Es bräuchte etwas mehr Entlastung. Zahlreiche KI-basierte Projekte werden von Bund, Ländern und Kommunen gefördert. Viele Fördermaßnahmen sind Bestandteil der KI-Strategie des Bundes: „Sie hat das Ziel, den Weg von künstlicher Intelligenz made in Germany an die Weltspitze voranzutreiben. KI made in Germany soll in das Wertegerüst der Europäischen Union eingebettet sein. Das ist besonders für den Umgang mit sensiblen Daten wie im Gesundheitswesen wichtig.“

Christian Esser



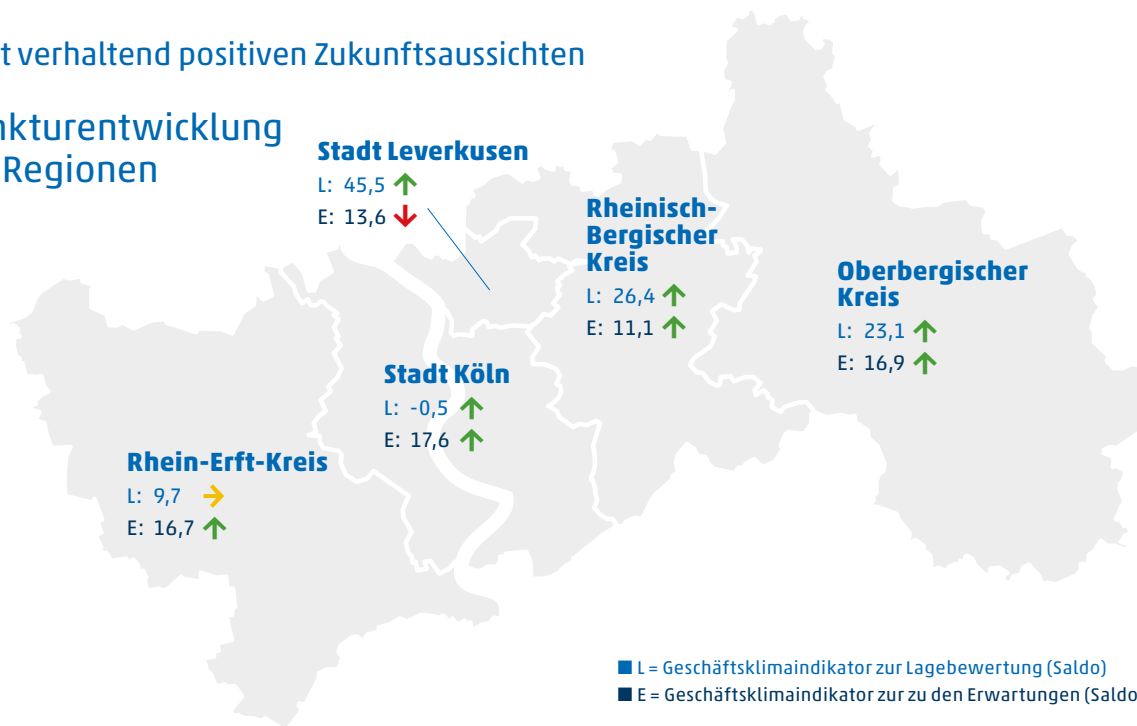
Empathie gilt in der Pflege als eine der Schlüsselkompetenzen

Foto: pikselstock - stock.adobe.com

LAGE WIEDER VERBESSERT

KMU mit verhaltend positiven Zukunftsaussichten

Konjunktorentwicklung in den Regionen



QUELLE: KMU Konjunkturbericht der IHK Köln / Karte: Wikimedia Commons / TUBS

Nachdem der Konjunkturklimaindikator der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im Jahr 2020 aufgrund der Coronapandemie stark auf 97,8 Punkte eingebrochen war, hat er sich bei der diesjährigen Umfrage der IHK Köln wieder deutlich auf 113,9 Punkte erholen können. Zudem blicken die Betriebe wieder positiver in die Zukunft. Allerdings gibt es immer noch einige Branchen, die massiv unter der Pandemie leiden.

Die aktuelle Umfrage zur Konjunktorentwicklung bei kleinen und mittleren Unternehmen der IHK Köln zeigt, dass es vielen Branchen wieder deutlich besser geht als noch im vergangenen Jahr. Zwischen dem 30. Mai und 9. Juni 2021 haben sich 475 Unternehmen (kleine Unternehmen bis 50 Beschäftigte, mittlere Unternehmen zwischen 50 und 250 Beschäftigten) an der Befragung beteiligt. Die Auswertung zeigt: Die Lage bei den Betrieben ist aber weiterhin gespalten. Industrie, Baugewerbe, Großhandel und auch unternehmensorientierte Dienstleister befinden sich in einer besseren Lage als noch vor einem Jahr. Die Situation im Hotel- und Gaststättengewerbe, bei personenbezogenen Dienstleistern und im Einzelhandel bleibt aber weiterhin angespannt. Nachdem 2020 nur 30 Prozent der befragten Betriebe eine gute Lage gemeldet hatten, waren es bei der aktuellen Befragung 40 Prozent. Ein Drittel der Unternehmen meldet allerdings eine schlechte Lage. „Die Ergebnisse zeigen, dass die von den coronabedingten Einschränkungen besonders betroffenen Branchen weiterhin Unterstützung brauchen“, sagt Dr. Ulrich S. Soénius, Geschäftsführer Standortpolitik der IHK Köln. Insgesamt blicken die kleinen und middle-

ren Unternehmen wieder deutlich positiver in die Zukunft als noch bei der Vorumfrage. 28 Prozent der Betriebe glauben an eine gute Entwicklung in den kommenden zwölf Monaten. Im Vorjahr gaben dies nur 17 Prozent an. Allerdings gehen aktuell noch 12 Prozent der Befragten davon aus, dass sich ihre Lage in den kommenden Monaten verschlechtern wird (Vorumfrage: 24 Prozent). Gleichzeitig ist auch die Bereitschaft zu Investitionen wieder gestiegen. Allerdings zeigt sich hier immer noch ein Großteil der Betriebe eher zurückhaltend und plant eher kleinere Investments. Nur ein kleiner Teil der befragten Unternehmen plant, in den kommenden Monaten mehr Personal einzustellen. Mit 78 Prozent plant der Großteil der Betriebe, die aktuelle Personalsituation nicht zu verändern.

Unterschiedliche Entwicklungen

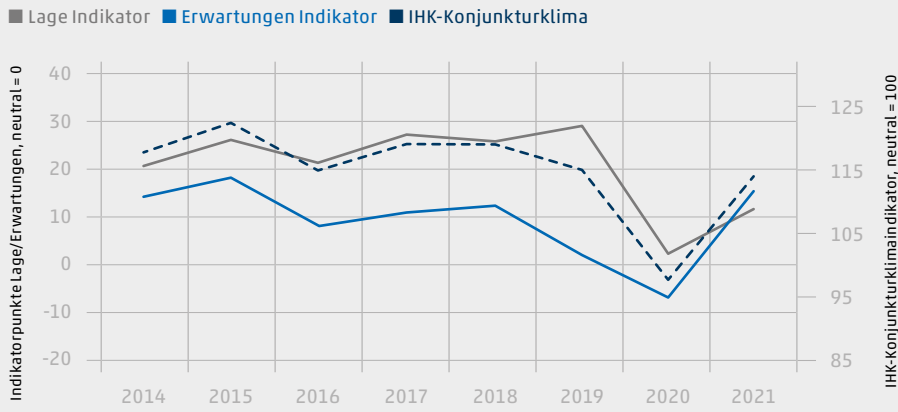
In allen untersuchten Teilregionen bis auf den Rhein-Erft-Kreis hat sich die Stimmungslage bei den Betrieben zwischen 2020 und 2021 verbessert. Dennoch überwiegen in Leverkusen, im Rheinisch-Bergischen Kreis, im Oberbergischen Kreis und im Rhein-Erft-Kreis die positiven Rückmeldungen bezüglich der Geschäftslage. Einzig in Köln überwiegen die Rückmeldungen mit einer schlechten Lage. Zurückzuführen sind die schlechten Umfragewerte in Köln auf die starke Dienstleistungsorientierung der Domstadt, wie die IHK Köln schreibt. Viele Dienstleistungsbranchen waren oder sind weiterhin massiv von wirtschaftlichen Einschränkungen und den Pandemieauswirkungen betroffen wie die Kultur- und Kreativwirtschaft, die Veranstaltungsbranche, das Hotel- und Gaststättengewerbe sowie die Tourismus- und Reisebranche.

Wieder mehr Investitionen

Wieder mehr Investitionen

Die befragten KMU wollen wieder mehr investieren. 19 Prozent der Betriebe planen in Zukunft größere Investitionen. Damit stieg der Wert wieder auf ein Niveau von vor der Coronapandemie (2019: 18 Prozent). Allerdings wollen immer noch 27 Prozent mit geringen Investitionen planen. Dadurch bleibt das Saldo bei den Investitionsabsichten insgesamt im negativen Bereich, hat sich im Vergleich zu Vorumfragen 2020 wieder deutlich in Richtung eines ausgeglichenen Niveaus verbessert. Die Investitionsabsichten sind besonders in den Branchen groß, die ohne große Einbußen durch die Pandemie gekommen sind, wie die Industrie, das Baugewerbe oder der Großhandel. Einzelhändler, Hoteliers und Gastwirte sowie die Gesundheitswirtschaft zeigen sich bei In-

Konjunkturklima



QUELLE: KMU Konjunkturbericht der IHK Köln

lags- und Druckgewerbe. Zunehmend Probleme melden Betriebe bei der Besetzung von offenen Ausbildungsstellen. Acht Prozent der Befragten gaben Schwierigkeiten an (Vorumfrage: sechs Prozent).

Unterschiedliche Erwartungen

Fast alle Regionen im IHK-Bezirk Köln geben bzgl. der Erwartungen für die kommenden zwölf Monate zuversichtlichere Antworten ab als noch 2020. Einzig die Unternehmen in Leverkusen blicken nicht mehr so zuversichtlich in die Zukunft wie noch im Vorjahr. Trotzdem überwiegen in allen Regionen positive Erwartungshaltungen. In Köln glaubt jedes dritte Unternehmen daran, dass das kommende Jahr hinsichtlich der Geschäftslage besser wird. Etwa jedes siebte Unternehmen in der Domstadt geht aber davon aus, dass es schlechter wird. In Leverkusen glauben nur noch 18 Prozent der befragten Betriebe an eine positive Zukunft. Fünf Prozent gehen davon aus, dass sich die Geschäftslage künftig verschlechtern wird. Im Rheinisch-Bergischen Kreis gehen etwa 20 Prozent davon aus, dass das kommende Jahr zu einer besseren Geschäftslage führt. Etwa elf Prozent blicken skeptisch in die Zukunft. Die Erwartungen im Rhein-Erft-Kreis sind ebenfalls im Saldo positiv. 27 Prozent glauben an einen wirtschaftlichen Aufschwung, während elf Prozent von einer abflauenden Zukunft ausgehen. Die Werte aus dem Oberbergischen Kreis liegen auf einem Level mit denen aus der Domstadt. Jedes dritte Unternehmen glaubt an eine positive Entwicklung, während 14 Prozent von einer schlechteren Geschäftslage ausgehen. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag geht für das Jahr 2021 von einem Wirtschaftswachstum von drei Prozent aus.

Christian Esser

vestitionen deutlich zurückhaltender.

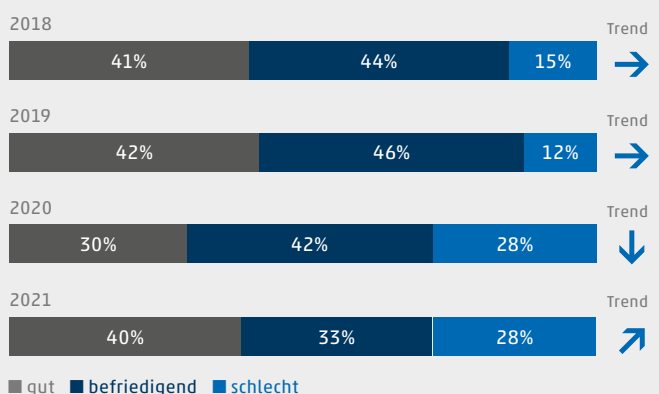
Etwa ein Viertel der befragten kleinen und mittleren Unternehmen gab an, Waren zu exportieren. Besonders viele Betriebe in der Industriebranche arbeiten exportorientiert (etwa 40 Prozent). Gegenüber der Vorjahresumfrage von 2020 haben sich bei der aktuellen Befragung die Exporterwartungen wieder auf einem Niveau von vor der Pandemie eingependelt. Über alle untersuchten Branchen hinweg haben sich die Exporterwartungen per Saldo wieder in den positiven Bereich hin entwickelt. Dieser liegt nun wieder bei 1,1 Punkten. 2020 lag der Saldo bei den Exporterwartungen noch bei -6,2 Punkten. Fünf Prozent der Betriebe gaben an, steigende Wachstumschancen in ausländischen Märkten zu sehen. Vier Prozent der KMU erwarten hingegen Rückgänge bei den Exporten.

Beschäftigungspläne auf Vorkrisenniveau

Neben den Exportaussichten haben sich auch die Beschäftigungsaussichten positiv entwickelt. Noch bei der Vorjahresumfrage gab es mehr Betriebe, die Personal freisetzen woll-

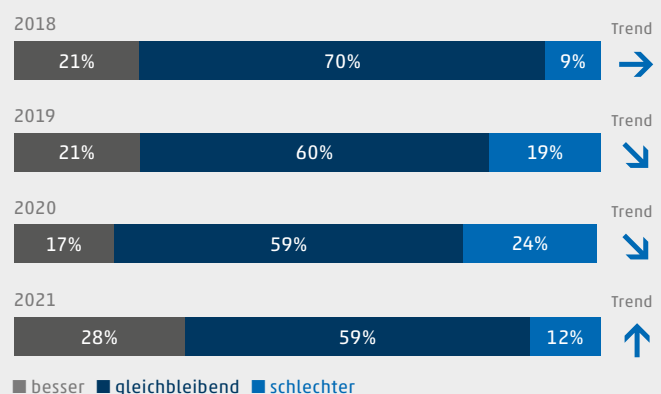
ten, als Unternehmen, die mehr Mitarbeiter einstellen wollten. In der aktuellen Umfrage hat sich dies wieder zum Positiven entwickelt. 14 Prozent der Befragten gaben an, in den kommenden zwölf Monaten mehr Mitarbeiter einstellen zu wollen. Nur noch acht Prozent wollen mit weniger Personal planen. Damit hat sich der Saldo bei den Beschäftigungsaussichten wieder auf das Niveau von vor Beginn der Coronapandemie verbessert. Der Saldo liegt bei 7,6 Punkten. Insbesondere unternehmensorientierte Dienstleister, das Baugewerbe, Hoteliers und Gastwirte sowie die Industrie planen mit mehr Personal. Die Beschäftigungspläne bei personenbezogenen Dienstleistern und beim Handel sind hingegen deutlich zurückhaltender. Ein Großteil der KMU hat derzeit keine Probleme, Fachkräfte zu finden. Branchenübergreifend gaben 75 Prozent der Befragten an, keine Probleme bei der Besetzung von offenen Stellen zu haben (Vorumfrage: 77 Prozent). Einige Branchen tun sich aber schwer, passende Fachkräfte zu finden. Dazu gehören: das Baugewerbe, der Großhandel, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie sowie andere Industriebranchen, das Verkehrsgewerbe, die Elektroindustrie, das Hotel- und Gaststättengewerbe sowie das Papier-, Ver-

Geschäftslage



QUELLE: KMU Konjunkturbericht der IHK Köln

Erwartungen



QUELLE: KMU Konjunkturbericht der IHK Köln

VEREINBARKEIT AUF UNTERNEHMENSEBENE

Seit Frühjahr 2021 bietet die IHK Köln den Zertifikatslehrgang Vereinbarkeits-Manager/-in an



Foto: Fabian Stürz

Juliane Schreiber und Sarah Drücker haben den Lehrgang initiiert

Gerade junge Menschen der Generationen Y oder Z haben ganz besondere Ansprüche und Erwartungen an ihren Arbeitgeber. Sie möchten Beruf und Familie vereinbaren, flexibel und digital arbeiten – immer mit dem Blick auf eine ausgeglichene Work-Life-Balance. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen sich erfolgreiche Führungskräfte mit den neu geschaffenen Möglichkeiten rund um die Arbeit 4.0 auseinandersetzen. Genau hier setzt der neue Zertifikatslehrgang Vereinbarkeits-Manager/-in bei der IHK Köln an.

„Es geht darum, die Arbeit menschenfreundlicher zu machen“, sagt Juliane Schreiber vom Kölner Startup smart worq. Zusammen mit ihrer Kollegin Sarah Drücker hat sie das Konzept entwickelt und leitet den Lehrgang in Kooperation mit der IHK. Im Mai 2021 wurde die erste Runde zum/zur Vereinbarkeits-Manager/-in eingeläutet. „Schon der erste Durchlauf wurde gut angenommen. Es haben neun Frauen erfolgreich ihr Zertifikat erworben“, sagt Caroline Mager, Leiterin für den Bereich Weiterbildung bei der IHK Köln. „Unsere Zertifikatslehrgänge sind sehr praxisorientiert und ermöglichen eine schnelle Anpassung an unternehmensspezifische Qualifizierungsbedürfnisse.“

Deutschlandweite Ausschreibung

Der Lehrgang dauert sieben Tage plus Prüfungstag, verteilt auf etwa fünf bis sechs Wochen. Aufgrund der Corona-Bedingungen laufen die Veranstaltungen digital ab.


Die Gesamtkosten liegen bei 3.450 Euro pro Person. „Die Absolventinnen kommen aus ganz Deutschland. Manche wurden von ihren Chefs geschickt, andere sind selbst Coaches und es gab auch Teilnehmerinnen, die aus privatem Interesse mitgemacht haben“, weiß Juliane Schreiber. „Wer angestellt ist, sollte mit seinem Arbeitgeber unbedingt über Bildungsurlaub bzw. Kostenübernahme sprechen“, ergänzt Sarah Drücker. „Viele Führungskräfte zeigen sich offen für den Wandel in der Arbeitswelt und unterstützen das Engagement ihrer Mitarbeitenden.“ Der Rahmenlehrplan des neuen Zertifikatslehrgangs legt den Fokus auf die wirtschaftliche Vereinbarkeit. „Dabei werden Vereinbarkeits-Manager/-innen für Unternehmen ausgebildet, die dann von innen heraus sinnvolle und individuell passende Lösungen rund um das Themenfeld ‚Leben und Arbeiten‘ erstellen, begleiten und überwachen“, sagt Juliane Schreiber. Es gibt unter anderem Referenten zu den Themen Job-Sharing, Pflege von Angehörigen, Schichtarbeit, aber auch rechtliche Fragestellungen werden vorgestellt und viele

Best-Practice-Beispiele. „Ein ganz wichtiger Punkt ist auch die interne Kommunikation“, sagt Sarah Drücker. „Moderne und flexible Arbeitsmodelle nützen nichts, wenn die Belegschaft nichts davon mitbekommt.“

Maßgeschneiderte Vereinbarkeitskonzepte

„Sowohl auf Arbeitgeber- als auch Arbeitnehmerseite ist der Wunsch nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie groß. Zufriedene Mitarbeitende sind produktiver, dem Unternehmen treuer und fungieren als Multiplikatoren für die Unternehmenswerte und -ziele nach außen“, weiß Caroline Mager. „Die Vereinbarkeit ist eine Balance, die etabliert und dann kontinuierlich gepflegt werden muss. Ihr Fundament ist ein Zusammenspiel unterschiedlicher Bausteine, die individuell nach den Bedürfnissen des Unternehmens und der Mitarbeitenden ausgewählt und zusammengesetzt werden müssen.“

Vereinbarkeit hat viele Facetten

Juliane Schreiber und Sarah Drücker sind optimistisch. „Noch ist der Vereinbarkeits-Manager/-in eine Schnittstelle im Unternehmen. Aber schon in einigen Jahren könnte eine eigene Stelle daraus werden.“ Auch die Teilnehmerinnen des ersten Durchgangs zeigten sich begeistert, so wie Sandra Geske, berufstätige Mutter aus Köln: „Mein größtes Learning war, wie allumfassend Vereinbarkeit ist. Es geht hier nicht nur um Job-Lösungen für Mütter und Väter, sondern besonders um individuelle Lebensmodelle: Ich denke hier zum Beispiel an den Surfer, der irgendwo auf die beste Welle wartet und deshalb digital und flexibel arbeiten möchte. Warum nicht? Am Ende des Tages kommt es doch nur darauf an, dass die Aufgaben erledigt sind, oder?“ 

Astrid Waligura

 **Aktuelle Termine:** www.smartworq.de

SK-ELEKTRONIK – GUTES KLIMA IN JEDER BEZIEHUNG

Weltmarktführer aus Leverkusen bietet neue UPAS-Generation



SK-Elektronik auf der Achema Frankfurt 2018

Seit 1987 entwickelt und produziert die SK-Elektronik GmbH aus Leverkusen Rechnersteuerungen für die Prozessanalyse. Mit einem besonderen Augenmerk auf Nachhaltigkeit konnte die Firma zum Weltmarktführer für Flammenionisationsdetektoren aufsteigen und ist außerdem ein attraktiver Betrieb für Auszubildende und Fachkräfte.

Der Erfolg der Leverkusener SK-Elektronik GmbH basiert auf vier Kernkompetenzen. Die erste ist die Konzeption: Das Unternehmen verfügt über 30 Jahre Entwicklungserfahrung in den Bereichen Elektronik, Layout, Konstruktion und Software. Produziert wird für eigene Produkte, jedoch gerne auch im Kundenauftrag. Die zweite Kompetenz ist die Fertigung. Die Elektronikkomponenten werden im Kompetenzzentrum in Erfurt automatisch oder manuell so bestückt, wie es der jeweilige Produktionsprozess erfordert. Bis hin zur elektrischen Prüfung kann auch diese Dienstleistung für externe Kunden angeboten werden. Die Entwicklung ist die dritte der Kernkompetenzen der SK-Elektronik GmbH aus Leverkusen. Die Qualität der Produkte ist dabei oberstes Unternehmensziel. Daher spielen die Prozesse nach ISO 9001:2015 bereits in der Entwicklung eine zentrale Rolle. Das Unternehmen betreut die kompletten Testverfahren (CE, VDE, EMV) bis hin zu den jeweiligen Akkreditierungsprozessen im eigenen Hause. Übernommen werden daher sowohl Produktions- als auch die Prüfaufträge der Kunden. Die vierte Kompetenz ist die Beratung. Das Serviceteam steht gerne für technische Fragen, Produktreparaturen, ob im eigenen Haus oder vor Ort, zur Verfügung.



Innovation: UPAS


Darüber hinaus sucht der Weltmarktführer aus dem Rheinland nach neuen Projekten und Lösungen. So auch mit der „Universellen Plattform für analytische Systeme“, kurz: UPAS. Diese neue Plattform ermöglicht es, verschiedene analytische Lösungen für unterschiedliche Applikationen zu integrieren. Je nach Anforderung ist das übergeordnete grafische Interface adaptierbar und bietet so vielfältige Konfigurationsmöglichkeiten. Es können sowohl eigene Systeme integriert als auch Systemlösungen wie FIDs (Flammenionisationsdetektoren) oder andere aus dem SK-Elektronikproduktangebot ausgewählt werden. Das UPAS-FID PT ist nun in 2021 nach EN15267-4 Eignungsprüfung (TÜV Süd) eines der ersten zugelassenen, portablen Geräte, welches die neuen

EU-Anforderungen und Immissionsschutzmessaufgaben, insbesondere für den Einsatz bei den Prüfinstituten, erfüllt.

„Motivation for Innovation“

Die 36 Mitarbeiter produzieren am Unternehmenssitz der SK-Elektronik GmbH in Leverkusen Rechnersteuerungen für die Prozessanalyse, Messwerterfassung und modernste Analysetechnik. Darüber hinaus werden Hardware- und Softwarelösungen wie UPAS individuell auf die Bedürfnisse der Kunden aus chemischer Industrie, produzierendem Gewerbe und Umwelttechnologie zugeschnitten. Die Produkte des Weltmarktführers für Flammenionisationsdetektoren sind weltweit gefragt. Die Leverkusener greifen vom Rheinland aus auf ein Vertriebsnetz zurück, das die SK-Produkte nach Übersee und in den asiatischen Markt liefert. Weltweit ist die SK-Elektronik GmbH für ihre nachhaltigen und qualitativen Produkte bekannt.

Die SK-Elektronik GmbH versteht es, sich den Gegebenheiten immer wieder anzupassen, und zeigt stetiges Veränderungswissen, getreu dem Motto „Motivation for Innovation“. Lösungen wie UPAS oder der „Ökolufter 9038“, der entscheidend zur Wärmerückgewinnung in Gebäuden und zur Kompensation des CO₂-Ausstoßes beiträgt, sind nur zwei der vielen Innovationen aus Leverkusen.

Auch als Arbeitgeber ist die SK-Elektronik GmbH attraktiv. Die Mitarbeiter erhalten hervorragende Aus- und Weiterbildungsangebote. „Die Ausbildung von und mit unseren Mitarbeitern gibt jungen Menschen in den Bereichen Elektronik, Mechanik, Physik, Chemie, Software und internationaler Betriebswirtschaft ein breites Spektrum an Entwicklungsmöglichkeiten“, erklärt Natalie Kühn, Geschäftsführerin der SK-Elektronik GmbH. 

SK-ELEKTRONIK GMBH
LEVERKUSEN

① SK-Elektronik GmbH
Benzstr. 23-25, 51381 Leverkusen
Tel. 02171 3955-0, Fax 02171 3955-49
info@sk-elektronik.de, www.sk-elektronik.de

KEINE GUTEN AUSSICHTEN

Weltklimarat: Klimawandel ist menschengemacht und wird schlimmer



Foto: Sascha - stock.adobe.com

Durch die globale Erwärmung schmelzen die Polkappen immer schneller ab

Die Belege, dass der Klimawandel zu großen Teilen menschengemacht ist, werden immer eindeutiger. Das zeigt der aktuelle IPCC-Bericht des Weltklimarats. Ozeane und die Atmosphäre erwärmen sich immer weiter. Der globale Meeresspiegel steigt. Extremwetterereignisse nehmen zu. Die Aussichten: ernüchternd.

„Viele Klimaänderungen in der Atmosphäre, den Ozeanen und Eisgebieten erreichen immer neue Höchststände und verändern sich mit Geschwindigkeiten, wie sie seit Jahrhunderten bis vielen Jahrtausenden nicht beobachtet worden sind. Sie finden in allen Regio-

nen der Erde statt, mit vielen beobachteten regionalen Veränderungen von Extremen und anderen klimatischen Einflussfaktoren, die auf den vom Menschen verursachten Klimawandel zurückzuführen sind“, sagt Veronika Eyring, Klimamodelliererin am Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt und der Universität Bremen sowie koordinierende Leitautorin des Kapitels „Der menschliche Einfluss auf das Klimasystem“ im aktuellen IPCC-Sachstandsbericht. Sie stellt klar: „Der menschliche Einfluss ist nicht nur der wesentliche Treiber für die Erwärmung des Klimasystems, sondern auch für die Zunahme von Extremwetterereignissen. Die Häufigkeit und die Intensität etwa von Starkregenereignissen oder Hitzewellen steigen durch den Klimawandel an.“

T 0800 376 0800



Für alle Meister und Malocher*

CONTAINER
online über
CURANTO.DE

*Haben wir passende Container, Abfallbehälter und Serviceeinrichtungen. Maßgeschneidert für Ihre Ansprüche und Ihr nächstes Projekt.

Entsorgung ist unser Ding.




EGN

Entsorgungsgesellschaft
Niederrhein mbH

www.entsorgung-niederrhein.de

Emissionen müssen auf null gebracht werden

Wenn es so weitergeht, könne laut aktuellem Weltklimabericht die Erde um das Jahr 2030 herum bereits 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter erwärmt sein. Dies wäre zehn Jahre früher als noch 2018 prognostiziert. „Wenn wir die 1,5 Grad einhalten wollen, müssen zwei Dinge zusammenkommen. Erstens, die Emissionen müssen in den nächsten 30 Jahren netto auf null gebracht werden. Und zweitens, das Klima darf nicht so empfindlich sein“, sagt Prof. Dr. Jochem Marotzke, Klimaforscher am Max-Planck-Institut für Meteorologie. Der Bericht zeigt deutlich, dass Politik, Wirtschaft und Gesellschaft schnell handeln müssen, um das im Pariser Klimaabkommen verabredete Ziel noch einhalten zu können. „Es gab schon genug Weckrufe und Appelle. Der [...] IPCC-Bericht führt uns erneut vor Augen, dass die Zeit für die Rettung des Planeten, wie wir ihn kennen, abläuft. Der Bericht verdeutlicht auch, viele Klimawandelfolgen können wir schon heute nicht mehr vermeiden – wir können uns als internationale Staatengemeinschaft nur bestmöglich darauf vorbereiten und anpassen. Das erleben wir auch bei uns in Deutschland: katastrophale Überschwemmungen nach Starkregen im Juli, anhaltende Dürre in den vergangenen Jahren. Auch die Hitzewellen mit Waldbränden in Nordamerika, Sibirien und jüngst in Griechenland und der Türkei zeigen, dass immer mehr Regionen betroffen sind“, sagt Bundesumweltministerin Svenja Schulze. Die 2020er-Jahre müssten zu einem „Klimajahrzehnt“ gemacht werden, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. 

Christian Esser



NetCologne

Sie machen Ihr Business. Wir machen Sie schneller.

Mit bis zu 10 Gbit/s
Highspeed-Internet
für Köln.

Verbessern Sie Ihre Prozesse auf die schnellste Art:
Mit Glasfaserleitungen für ein effizienteres, agileres
Arbeiten. Gemeinsam planen wir Ihre individuellen
IT-Lösungen und bringen Ihr Unternehmen auf
direktem Wege in die Digitalisierung.

Lösungen, die genau auf Ihre Ansprüche zugeschnitten
sind, besprechen Sie ganz einfach und schnell mit uns:
0221 2222-995 · business@netcologne.de

netcologne.de/business

Uns verbindet mehr.





**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



**Freie
Demokraten**
FDP



**CDU
CSU**

WAHL- PROGRAMM- CHECK

Das sind die Wahlversprechen der Parteien

Am 26. September finden die nächsten Bundestagswahlen statt. Sicher ist, es wird eine neue Bundeskanzlerin oder einen neuen Bundeskanzler geben. Die Parteien haben ihre Wahlprogramme veröffentlicht und benennen zahlreiche Zukunftspläne für die Bundesrepublik Deutschland. Ein Überblick über die wichtigsten Zukunftspläne der voraussichtlichen Fraktionen des kommenden Bundestags:



AfD



DIE LINKE.



SPD



Angela Merkel tritt nach 16 Jahren Kanzlerschaft nicht mehr zur Wahl an. Spitzenkandidat der Union ist NRW-Ministerpräsident Armin Laschet. Er verfügt über jahrelange Erfahrung in Parlament und Regierung. Im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe in NRW im Juli 2021 verspielte er allerdings viele Sympathien und erntete für sein Krisenmanagement Kritik. Die Union möchte Unternehmen mit einem „Entfesselungspaket“ bei Steuern und Bürokratie entlasten, die Lohnzusatzkosten sollen stabil gehalten werden. Steuererhöhungen soll es nicht geben, stattdessen sollen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen steuerlich entlastet werden. Unternehmenssteuern sollen bei 25 Prozent gedeckelt werden. Bei der Einkommenssteuer plant die Union eine Verschiebung der Steuerstufen zur Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen. Die Verdienstgrenze für Minijobs soll von derzeit 450 auf 550 Euro monatlich steigen. Für den Bundeshaushalt sieht das Programm eine Rückkehr zur „schwarzen Null“ so schnell wie möglich nach der Coronapandemie vor. Kanzlerkandidat Laschet fordert zudem eine Rentenreform nach den Wahlen. Das Renteneintrittsalter soll nicht erhöht werden, das System solle aber nachhaltiger

werden. Dazu existiert unter anderem die Idee einer „Generationenrente“ als vierte Säule der Altersversorgung. Der Klimaschutz spielt im Wahlprogramm von CDU/CSU ebenfalls eine große Rolle. Bis 2045 soll die Bundesrepublik klimaneutral werden, welche Maßnahmen dafür allerdings konkret umgesetzt werden, zeigt das Wahlprogramm nicht wirklich. Hier wird insbesondere auf die Kräfte des Marktes und die Innovationsfähigkeit deutscher Unternehmen gesetzt. Ein Aus für fossile Brennstoffe in der Mobilität soll es ebenso wie ein Tempolimit auf Autobahnen nicht geben. Ein wichtiger Baustein der Klimapolitik soll die CO₂-Bepreisung werden. Durch die Abschaffung der EEG-Umlage soll der Strom günstiger werden. Beim Thema Digitalisierung hält sich das Wahlprogramm der Union eher bedeckt, bisherige Standpunkte, bspw. dass weiße Flecken ans Mobilfunknetz geschlossen werden sollen, werden erneut aufgegriffen. Außenpolitisch soll die EU gestärkt und transatlantische Partnerschaften sollen intensiviert werden. Gleichzeitig hat der CSU-Vorstand ein eigenes Wahlprogramm aufgestellt. Darin spricht sich die Partei für eine dauerhafte Mehrwertsteuersenkung in der Gastronomie aus, die Mütterrente soll ausgeweitet werden (ein Streitpunkt zwischen den Parteien bzgl. der Finanzierung) und das Elterngeld soll länger als bisher gezahlt werden. ▮

Der amtierende Bundesfinanzminister Olaf Scholz ist Spitzenkandidat der SPD. Der Titel des SPD-Wahlprogramms für die Bundestagswahlen 2021 lautet: „Zukunft. Respekt. Europa.“ Die EU soll gestärkt werden, vor allem auch finanziell, dazu sollen Einkünfte aus der Besteuerung digitaler Großkonzerne, der CO₂-Bepreisung und Einnahmen aus dem Emissionshandel genutzt werden.

Die SPD strebt eine Klimaneutralität bis spätestens 2045 an. Klimaschutz soll dabei ein Jobmotor werden. Bereits 2040 soll der Strom vollends ökologisch sein. Zudem soll die EEG-Umlage reformiert werden, um Stromkosten zu senken, da die Verbraucher über die CO₂-Bepreisung fürs Heizen künftig mehr Geld ausgeben müssen. Der öffentliche Nahverkehr soll klimaneutral werden, Preise für Bahntickets in Europa sollen günstiger sein als vergleichbare Flugangebote. Auf Autobahnen soll ein Tempolimit von 130 km/h eingeführt werden. Auch bei der Digitalisierung soll mehr getan werden. Jeder Haushalt bzw. jedes Unternehmen soll Internet mit mindestens einem Gigabit Bandbreite pro Sekunde zur Verfügung haben. Jeder Schüler soll ein Laptop oder Tablet für den Unterricht erhalten. Bund, Länder und Kommunen sollen zu mehr Digitalservice verpflichtet werden. Bildung soll laut SPD-Wahlprogramm gut, verlässlich und kostenlos sein und jedes Kind soll einen Anspruch auf einen Platz in der Kita haben. Der Aus-

bau von Schulen, Kitas und anderen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen soll gefördert werden. Speziell zur Sanierung und zur digitalen Ausstattung von Schulen soll es Modernisierungsprogramme geben. In der Wirtschaftspolitik fordert die SPD eine verstärkte Tarifbindung, vor allem in Handwerksberufen, zudem sollen Gebühren für Meisterkurse gestrichen werden. Gründer und gemeinwohlorientierte Unternehmen sollen weiter gefördert werden. Insgesamt soll der Bund jährlich mindestens 50 Milliarden Euro in die Wirtschaft investieren. Dafür und für viele andere Wahlversprechen ist die SPD bereit, auch neue Schulden nach der Coronapandemie zu machen, allerdings nur so viel, wie es die Schuldenbremse verfassungskonform zulässt. Für kleine und mittlere Einkommen plant die Partei Steuererleichterungen; obere Einkommen sollen eine größere Steuerlast tragen, u. a. über eine Vermögenssteuer von einem Prozent. Das Rentenniveau soll bei mindestens 48 Prozent stabilisiert werden, zudem sollen künftig auch Selbstständige, Beamte und auch Abgeordnete in die gesetzliche Rente miteinbezogen werden. In Regionen, in denen Wohnungen knapp sind, sollen Mieten im Einklang mit der Inflation gesteigert werden dürfen. ▮

Als Spitzenkandidatin geht Annalena Baerbock für die Grünen in die Bundestagswahl. Das Programm soll laut Baerbock ein „Angebot für die Breite der Gesellschaft“ sein. Ganz oben auf der Tagesordnung steht der Klimaschutz. Im Fall einer Regierungs- teiligung hat die Partei ein Sofortprogramm und Mil- liardeninvestitionen angekündigt. Ein wesentlicher Baustein wäre ein eigenes Klimaschutzministerium inklusive Vetorecht. Dieses soll sicherstellen, dass kein Gesetzesvorhaben dem Ziel des Pariser Klima- abkommens, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu be- grenzen, widerspricht.

Dazu will die Partei das Tempo beim Klimaschutz anziehen. Der Ausstieg aus der Kohle soll bereits 2030 geschehen sein. Laut dem Wahlprogramm der Grünen sollen ab dem Jahr 2030 nur noch emissionsfreie Autos zugelassen werden können. Auf den Autobahnen soll es ein „Sicherheitstempo“ von 130 km/h geben. Durch den massiven Ausbau des Bahn- netzes sollen Kurzstreckenflüge überflüssig gemacht werden. Zudem sind Investitionen in das Radwege- netz geplant. Insgesamt wollen die Grünen weitere 2,5 Milliarden Euro in die Schiene, den ÖPNV und den Radverkehr investieren.

Finanzpolitisch will die Partei die Schuldenbremse im Grundgesetz so umbauen, dass über Kredite zu- sätzlich jährliche Investitionen von 50 Milliarden Euro möglich sind. Das Geld soll für schnelles In-

ternet, Forschung und Entwicklung, E-Ladesäulen, emissionsfreie Nahverkehrsmittel sowie für moder- ne Stadtentwicklung ausgegeben werden. Der ge- setzliche Mindestlohn soll auf 12 Euro erhöht werden. Die Grünen wollen in der Renten- politik die Riester-Rente durch einen „öf- fentlich verwalteten Bürgerfonds“ erset- zen. Die Einführung einer sogenannten Bürgerversicherung ist vorgesehen. Abgeordnete sollen in die gesetzliche Rentenversicherung integriert, bisher nicht abgesicherte Selbstständige sollen ebenfalls aufgenommen werden. Die Re- gelsätze für Hartz IV sollen monatlich als Sofortmaßnahme um 50 Euro angehoben werden. Das gesamte System soll über eine Re- form in eine Garantiesicherung überführt werden, die keine Sanktionsmaßnahmen wie bisher enthält. Kleine und mittlere Einkommen will die Partei über einen erhöhten Grundfreibetrag bei der Einkom- menssteuer entlasten. Gleichzeitig soll der Spitzen- steuersatz für hohe Einkommensgruppen um drei und sechs Prozent steigen. Alleinstehende mit ei- nem Einkommen von 100.000 Euro jährlich hätten einen Spitzensteuersatz von 45 Prozent, ab 250.000 Euro von 48 Prozent. Hohe Managergehälter über 500.000 Euro sollen nicht mehr zum Abzug als Be- triebsausgabe zugelassen werden. 



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**




**Freie
Demokraten**
FDP

Vor vier Jahren hätten die freien Demo- kraten bereits eine Chance auf eine Re- gierungsbeteiligung in einer Jamaika-Koalition (Schwarz, grün, gelb) gehabt, doch man wollte lieber „gar nicht regieren, als falsch regieren“. Wie vor vier Jahren ist auch diesmal Christian Lindner der Spitzenkandi- dat der freien Demokraten. Nachdem die Coronapandemie der Wirtschaft gro- ßen Schaden zugefügt hat, setzt die FDP auf eine soziale Marktwirtschaft. Die Wirt- schaft soll sich „entfesseln“. Dazu sollen die Un- ternehmenssteuern auf 25 Prozent gesenkt, die Ge- werbesteuer soll abgeschafft werden. Die FDP will kleine und mittlere Einkommen bei den Steuern entlasten, der Spitzensteuersatz soll so verschoben werden, dass er erst ab einem jährlichen Einkom- men von 90.000 Euro greift. Der Solidaritätszu- schlag soll abgeschafft werden. Trotz der Steuer- senkungen will die FDP eine Staatsschuldenquote von unter 60 Prozent des BIPs wieder erreichen. Dazu sollen laut der Partei die Sozialausgaben des Bundes bei 50 Prozent gedeckelt werden. In der Bil- dungspolitik planen die Liberalen mit jährlich 2,5 Milliarden Euro zusätzlich. Die FDP fordert gerade bei Abschlussprüfungen bei Mittlerer Reife oder Abitur mehr nationale, einheitliche Standards,

gleichzeitig sollen die Schulen für sich autonomer werden, dazu soll ihnen ein eigenes Finanzbudget dienen.

Die Rente will die FDP flexibler ausgestalten und möchte dazu ein „Baukastenprinzip“ einführen. Als ein neuer Baustein soll dazu auch eine gesetz- liche Aktienrente gehören. Das Renteneintrittsal- ter soll flexibler ausgestaltet werden. Zudem plant die Partei eine Digitalisierungsoffensive und for- dert ein „Bundesministerium für digitale Trans- formation“. Staatsanteile an der Telekom sowie der Deutschen Post sollen verkauft werden. Aus diesen Erlösen sollen dann digitale Infrastrukturprojekte finanziert werden.

Eine große Klimaoffensive mit zahlreichen Ideen liefert das Wahlprogramm der FDP nur bedingt. Ein generelles Tempolimit auf Autobahnen sowie Fahr- verbote für Diesel lehnen die Liberalen ab. Die Bahn soll weiter privatisiert werden. Der Bund soll nur noch das Schienennetz betreiben, der Bahnverkehr verkauft werden. Die Partei setzt beim Klimaschutz auf die freien Märkte und plädiert für eine Auswei- tung des Emissionshandels. Entsprechend den Vor- gaben der Politik, wie viel CO₂ jährlich verbraucht werden darf, müssten Zertifikate erworben werden. Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung sollen über ei- ne Klimadividende an die Bürger ausgeschüttet werden. 

Die Linke geht mit ihrem Spitzenduo Janine Wissler und Dietmar Bartsch in den Wahlkampf. Die Partei fordert in ihrem Wahlprogramm für die Bundestagswahlen 2021 steigende Löhne. Der Mindestlohn soll auf 13 Euro steigen, geplant ist eine massive Ausweitung von Tarifverträgen auch auf Minijobs. Seit 1997 wird in Deutschland keine Vermögenssteuer mehr erhoben. Die Linke fordert, die Steuerlast umzuverteilen. Das Steuerversprechen: „Wer (als Single, Steuerklasse 1) weniger als 6.500 Euro im Monat brutto hat, zahlt dann weniger Steuern. Wer mehr hat, gibt mehr ab.“ Gleichzeitig fordert die Linke eine 30-Stunden-Woche. Überstunden und Höchstarbeitszeit sollen begrenzt werden, zugleich soll es ein Recht auf Mindeststundenzahl im Arbeitsvertrag geben. Die Schuldenbremse will die Partei abschaffen, ebenso wie Leiharbeit und Minijobs, aus ihnen sollen künftig sozialversicherungspflichtige Jobs werden. Betriebe, die nicht ausbilden, sollen eine Ausbildungsumlage bezahlen. Darüber hinaus soll die Digitalisierung mit jährlich 10 Milliarden Euro ausgebaut werden, die in den Breitbandausbau gehen. Jedes Kind soll von der Schule außerdem ein kostenfreies digitales Leihgerät erhalten, sofern erforderlich. Laut Wahlprogramm der Linken soll niemand weniger als 1.200 Euro im Monat zur Verfügung haben, dies ist laut Definition der Partei ein gerechtes Min-

desteinkommen, Sanktionen für Sozialhilfeempfänger sollen generell abgeschafft werden. Das Kindergeld soll auf mindestens 328 Euro angehoben werden, je nach Einkommen soll es bis zu 630 Euro im Monat betragen. Das Renteneintrittsalter will die Linke senken. Nach 40 Beitragsjahren soll die Rente möglich sein und das Rentenniveau soll auf 53 Prozent angehoben werden.

Auch die Klimapolitik hat großen Einfluss auf das Wahlprogramm der Linken. Dazu plant die Partei, den öffentlichen Nahverkehr kostenlos zu machen und diesen insbesondere in ländlichen Gebieten auszubauen und Taktungen zu erhöhen. Die Grünen fordern weniger Kurzstreckenflüge und Fracht und wollen dafür mehr Verkehr und Waren auf die Schiene verlagern. Die Partei plant zudem ein sozial und klimagerecht ausgerichtetes Lieferkettengesetz, das auch die CO₂-Bilanz der gesamten Wertschöpfungskette erfasst. Außerdem plant die Linke einen staatlichen Industrietransformationsfonds, der jährlich mit 20 Milliarden Euro gefüllt werden soll. Darüber soll der ökologische Umbau der Industrie gefördert und klimagerechte Arbeitsplätze gesichert werden. Zugleich fordert die Linke darüber hinaus ein neues Ministerium, das Bundesministerium für Migration und Partizipation. ▮




Für die Alternative für Deutschland gehen die Spitzenkandidaten Alice Weidel und Tino Chrupalla in den Bundestagswahlkampf. Das Wahlprogramm der AfD für die Bundestagswahlen 2021 zeigt in vielen Bereichen verschärfte Positionen.

Eine maßgebliche Forderung der AfD ist der Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union. „Wir halten einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union und die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft für notwendig“, so steht es im Parteiprogramm. Ein weiterer wichtiger Punkt des Parteiprogramms ist die Flüchtlingspolitik. Die AfD fordert eine Rückkehr zu Grenzkontrollen inklusive der Errichtung von „physischen Barrieren“, bspw. mit Grenzzäunen. Nur noch „bei nachgewiesener Identität und Staatsangehörigkeit“ sollen Asylanträge gestellt werden können. Die Zahl sicherer Herkunftsländer soll ausgeweitet werden, zudem fordert die Partei eine „Abschiebeoffensive“. Wirtschaftspolitisch hat die AfD einen „Blue-Deal-Entwicklungsplan“ für „Investitionen in Technologieführerschaft“. Dafür will die Partei „Schulbildung, Hochschulbildung und Forschung verstärkt auf MINT-Fächer ausrichten, die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in Produkte fördern, Selbstständigkeit

und Erfindergeist fördern und damit die Dynamik kleiner innovativer Einheiten nutzen“. Darüber hinaus soll Bürokratie abgebaut und der Staat effizienter gemacht werden. Das sozialpolitische Ziel der Partei: „Wohlstand für alle“

Ein großer Aspekt des Wahlprogramms liegt auf dem Rentenkonzept der Partei. Darin heißt es: „Unserem Freiheitsverständnis nach gehört die Entscheidung über den Eintritt in die Rentenphase in die Hand des Einzelnen. Die Betroffenen haben nach einem langen Berufsleben viele Erfahrungen gesammelt und wissen selbst am besten, wann sie aus dem Erwerbsleben ausscheiden wollen. [...] Die Rentenhöhe hängt dabei von den eingezahlten Beiträgen und dem Renteneintritt ab. Wer länger arbeitet, bekommt entsprechend mehr Rente.“

Das Corona-Management der Regierung lehnt die AfD in großen Teilen ab, bspw. die Maskenpflicht. Zudem fordert die Partei die Einsetzung eines parlamentarischen Corona-Untersuchungsausschusses. Die AfD lehnt bzgl. der Klimapolitik den Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung ab, zudem wird gefordert, das Pariser Klimaabkommen zu kündigen und die CO₂-Besteuerung abzuschaffen. „Es ist bis heute nicht nachgewiesen, dass der Mensch, insbesondere die Industrie, für den Wandel des Klimas maßgeblich verantwortlich ist“, heißt es im Wahlprogramm. ▮

WACHSENDER BÜROSTANDORT

Immobilienprognose für Köln sieht anhaltend hohen Bürobedarf



Durch seine Lage im Herzen Europas ist Köln ein gefragter Bürostandort

wir weiterhin in einem relativ knappen Markt sind“, sagt Dr. Manfred Janssen, Geschäftsführer der KölnBusiness Wirtschaftsförderung. Eine Quote zwischen drei und fünf Prozent Leerstand sei „gesund“ für den Markt. Die Zahlen zeigen einen Corona-Effekt, viele Bürobeschäftigte wechselten ins Homeoffice. Der Büroflächenumsatz brach auf 190.000 m² ein und lag damit deutlich unter dem langjährigen Mittel von 281.000 m² jährlich. Durch den ausgeprägten Branchenmix sei insgesamt der Coronaknick im Vergleich zu anderen Städten aber recht gering ausgefallen. Köln wird aber trotzdem in Zukunft weiterhin ein begehrter Bürostandort bleiben, wie die Studie prognostiziert.

28 Großbauprojekte

Dies zeigen auch die zahlreichen Großbauprojekte, die derzeit in der Domstadt entstehen. Dabei zeigt sich, dass zunehmend außerhalb der linksrheinischen City gebaut wird. Von den in der Studie aufgelisteten 28 bedeutenden Großbauprojekten (über 7.500 m² Bürofläche) befindet sich nur eins in direkter Innenstadtlage. Bei den beiden mit Abstand größten Projekten sind der Neubau des Justizzentrums (90.000 m² Bürofläche, geplante Fertigstellung 2027) sowie der Deutzer Hafen (100.000 m² Bürofläche, geplante Fertigstellung 2030). Zahlreiche Projekte befinden sich in Ehrenfeld, Braunsfeld, Ossendorf, Mülheim oder Deutz im Bau oder sind noch in der Planung. „Es ist so, dass die City weiterhin der Kern der Büronutzung bleiben wird. [...] Was wir gesehen haben, ist, dass die neuen Projekte eher außerhalb des klassischen linksrheinischen Innenstadtgebietes sind. Vieles davon fand auch schon in den letzten Jahren in Deutz statt. Da kann man sicher auch von einer Erweiterung der Innenstadt ins Rechtsrheinische sprechen. Wir se-

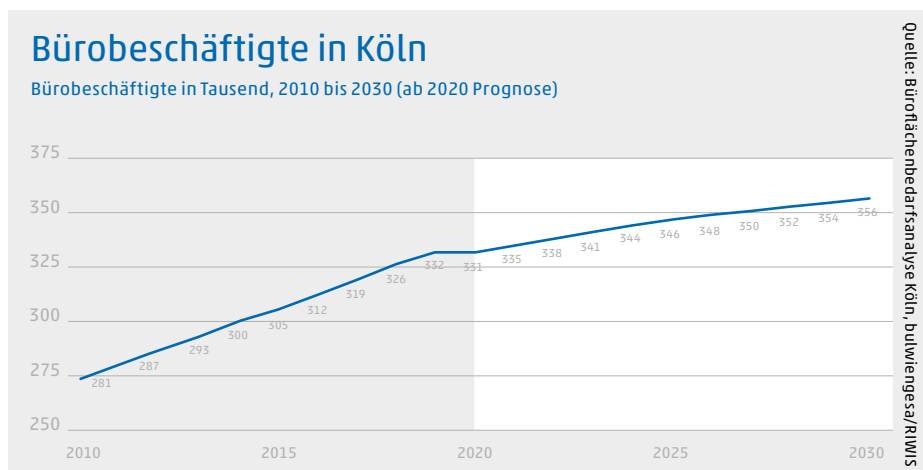
Der Büromarkt in Köln ist in den vergangenen Jahren stark gewachsen, immer mehr Beschäftigte arbeiten in Büros. Laut Prognose der KölnBusiness Wirtschaftsförderung, die eine aktuelle Studie zum Kölner Büromarkt präsentierte, wird die Nachfrage bis 2030 weiterhin groß sein. Die Coronapandemie hinterlässt laut aktuellen Zahlen und Prognosen nur eine Delle in dem wachsenden Markt.

Köln ist als Bürostandort gefragt und das wird auch so bleiben. Dies zeigt eine Studie der KölnBusiness Wirtschaftsförderung. Die Zahl der Bürobeschäftigten wird demnach bis 2030 noch einmal deutlich steigen. Dies werde zu einer hohen Nachfrage nach weiteren Büroflächen in Köln führen. Zwar sind bereits zahlreiche weitere Großprojekte geplant oder werden bereits gebaut, sie werden den Bedarf der kommenden Jahre nicht ausreichend decken können. Zudem zeigt sich, dass neben der Verfügbarkeit von Büroräumen auch veränderte Ansprüche an das Büro der Zukunft bestehen. Dies zeigen die Auswertungen des unabhängigen Analyse- und Beratungsunternehmens bulwiengesa, das im Auftrag der KölnBusiness Wirtschaftsförderung die Studie über den Büromarkt in Köln bis zum Jahr 2030 erstellt hat.

Köln deutlich erhöht und stieg in diesem Zeitraum um etwa 57.000 auf 330.000 Bürobeschäftigte. Obwohl in dieser Zeit auch neue Büroflächen errichtet wurden, sank die Leerstandsquote bis 2019 auf 2,3 Prozent ab. Gleichzeitig zogen die Mieten kräftig an. Bis 2022 wird zwar ein Anstieg auf bis zu 3,5 Prozent prognostiziert, bis 2025 soll die Leerstandsquote allerdings wieder auf 2,5 Prozent sinken. „Insgesamt haben wir aber die Situation, dass

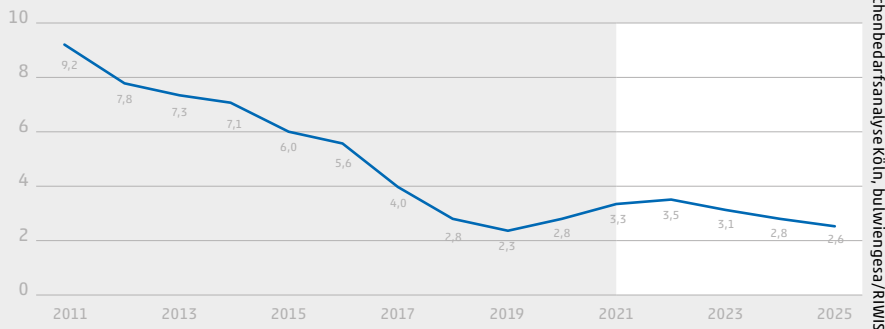
Stark gewachsene Beschäftigung

In den Jahren zwischen 2010 und 2020 hat sich die Anzahl der Bürobeschäftigten in



Büroflächenleerstand in Köln

Büroflächenleerstand in Prozent, 2010 bis 2025 (ab 2021 Prognose)



Quelle: Büroflächenbedarfsanalyse Köln, buwlingesa/RWIS

hen jetzt aber, dass die Entwicklung zum Teil auch schon wieder Vergangenheit ist und in der Zukunft in anderen Stadtteilen stattfindet. Das ist sehr gut und sehr wichtig, weil die Nachfrage in der City gar nicht mehr gedeckt werden kann“, so Janssen. Wohnen und Arbeit können so immer mehr zusammenwachsen. Die zusätzliche Bürofläche von rund 735.000 m², die durch die Neubauten entsteht, wird dringend benötigt. Laut Studie werden bis 2030 zusätzliche 770.000 m² Büroflächen in Köln benötigt. Die Beschäftigung wird laut Prognosen bis 2030 um rund 25.000 Bürobeschäftigte zulegen. Absehbar ist trotz der zahlreichen Großbauprojekte, dass perspektivisch weitere Büroflächen in der Domstadt benötigt werden, wie Janssen erläutert: „Kölns Büromarkt hat sich im vergangenen Jahrzehnt hervorragend entwickelt und in der jüngsten Krise als äußerst stabil erwiesen – nicht zuletzt wegen der Branchenvielfalt am Standort. Auch wenn die Prognose für die nächsten Jahre gut aussieht: Es ist wichtig, dass wir auch zukünftig Potenziale für neue Bürostandorte identifizieren und sichern. So kann Köln auch zukünftig attraktiven und modernen Büroraum anbieten und Arbeitsplätze sichern.“ Vorteile für den Bürostandort Köln sind die zentrale Lage innerhalb Europas mit guter Verkehrsanbindung sowie die bspw. im Vergleich zu Frankfurt moderaten Mietpreise. Im zweiten Quartal 2021 lagen die Mietpreise pro m² in Frankfurt bei 41 Euro. Köln sortiert sich im Ranking zwischen Düsseldorf (26,50 Euro) und Stuttgart (23 Euro) mit 24,50 Euro pro m² im Mittelfeld ein. Vor dem Hintergrund der geringen Leerstandsquote und der hohen Nachfrage gehen die Studienautoren bis 2025 von einer stetig steigenden Mietpreisentwicklung aus. Spitzenmieten in der City könnten bis dahin auf über 26 Euro pro m² ansteigen.

Bürobedarf groß trotz Homeoffice

Die Studie zum Kölner Büromarkt berücksichtigt auch die Effekte der Coronapandemie auf den Arbeitsalltag der Bürobeschäftigten. Homeoffice sei zwar ein fester Bestandteil der Arbeitswelt, dennoch werde eine deutliche Mehrheit der Beschäftigten auch weiterhin einen Arbeitsplatz im Büro benötigen. Der Bedarf werde sich insgesamt nicht verringern. Die Büros selbst werden aber zunehmend flexibler.

Ein Aspekt der zunehmenden Flexibilität im Büroalltag sind die sogenannten Shared Desks, mehrere Beschäftigte teilen sich einen Schreibtisch. Dr. Oliver Steinki, Gründer von FOND OF und Bauherr der Büro großbauprojekte THE SHIP und Vorum, zeigt auf, auf welche Aspekte zukunftsfähige Büros Rücksicht nehmen müssen. „Köln ist unsere Heimat. Hier sind wir fest verwurzelt. Die lebendige und offene Mentalität der Menschen hier in der Stadt ist ein Teil unserer Unternehmenskultur. Mit THE SHIP, der benachbarten Alten

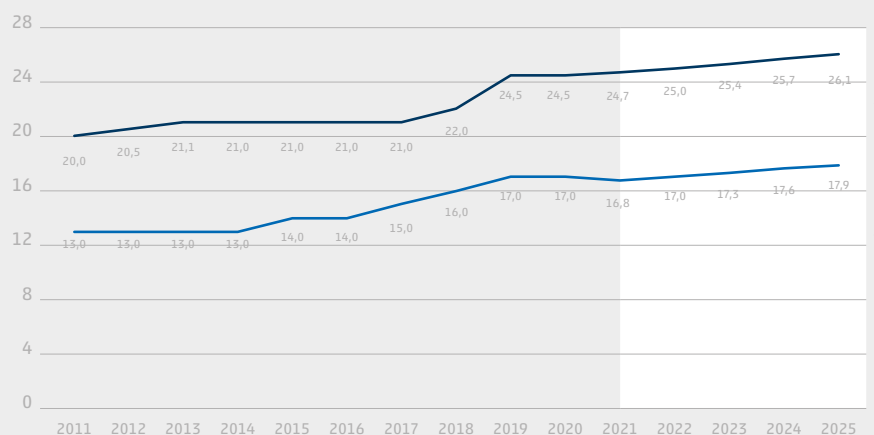
Wagenfabrik und bald dem Vorum lassen wir hier gerade einen unternehmerischen Campus entstehen, wo sich Menschen austauschen, gegenseitig inspirieren und gemeinsam Ideen entwickeln. Köln bietet für uns noch viel Potenzial für weitere, spannende Projekte“, so Dr. Oliver Steinki. Bei der Planung seiner Bürobauteile habe Steinki maßgeblich seine Bürobeschäftigten mit eingebunden und sie nach ihren Wünschen und Vorstellungen befragt. Büros benötigen laut Steinki und KölnBusiness demnach zunehmend Flächen für Teamarbeit und Kommunikation, gleichzeitig braucht es aber auch ruhige Zonen, in denen die Beschäftigten ungestört arbeiten können. Gerade bei Neubauprojekten wird auch auf die Erkenntnisse der Coronapandemie eingegangen, bspw. durch die Installation von Luftfiltern. Wichtig ist zunehmend auch, dass Bürogebäude voll digitalisiert sind. Türen sollen automatisch öffnen, Bezahlvorgänge bspw. in der Kantine geschehen kontaktlos. Moderne, innovative Bürogebäude verfügen bereits über diese Features. Das Bewusstsein für Gesundheitsfragen sei durch die Pandemie noch einmal deutlich gestiegen. Daher seien auch zunehmend Angebote wie eine Heatmap gewünscht, wo man sehen kann, wie stark ausgelastet die Cafeteria oder andere Gemeinschaftsräume sind, um gezielt größeren Menschenansammlungen aus dem Weg gehen zu können. Insgesamt sollten Bürogebäude flexible Strukturen besitzen, die je nach Bedürfnis der Unternehmen angepasst werden können. Dies sei speziell in der Start-up-Szene gefragt, die besondere Standortanforderungen beim Büro-Ambiente und -Umfeld hat.

Christian Esser

Mietpreisentwicklung Büroflächen

Mietpreisentwicklung in Köln in €/m² 2011 bis 2025 (ab 2021 Prognose)

■ Spitzenmiete City ■ Durchschnittsmiete City



Quelle: Büroflächenbedarfsanalyse Köln, buwlingesa/RWIS

KÖLNER LAGER- UND LOGISTIKMARKT

Nachfrage zog im ersten Halbjahr 2021 deutlich an



Viel Arbeit in Logistikzentren, die Nachfrage nach neuen Flächen boomt

Angebotsmangel in Köln

Die Nachfrage nach Lager- und Logistikflächen ist enorm, das Angebot gering. Der Kölner Markt ist geprägt vom Angebotsmangel. Laut Analyse sind weder die verfügbaren Flächen im Bestand noch im Neubau ausreichend, um die große Nachfrage bedienen zu können, besonders zeigt sich dies in Innenstadtlagen. Großflächige Abschlüsse mit einem Volumen von mehr als 8.000 m² Fläche konnten nur in der Peripherie bzw. äußeren Peripherie der City verzeichnet werden. Die vier größten Transaktionen gab es bei Neubauprojekten mit folgendem Erstbezug. Die Spitzenmiete in Köln ist im Jahresverlauf um knapp vier Prozent auf 5,80 Euro pro m² gestiegen. Das Wachstum der Durchschnittsmiete war mit 5,5 Prozent auf nun 4,80 Euro pro m² noch größer.

„Die Nachfrage nach Logistikflächen dürfte sich auch im zweiten Halbjahr dynamisch entwickeln. Vor allem aus dem E-Commerce-Bereich und von Logistikdienstleistern werden aktuell deutliche Signale ausgesendet. Von der Angebotsseite zeichnet sich keine Entlastung ab, da kein Anstieg von freigezogenen Flächen registriert wird. Auch das Volumen der Baufertigstellungen dürfte sehr übersichtlich bleiben. Ein weiteres Wachstum insbesondere bei den Durchschnittsmieten ist durchaus wahrscheinlich“, sagt Bastian Hafner, Head of Logistics & Industrial Advisory der BNP Paribas Real Estate GmbH.

Christian Esser

Der Kölner Markt für Lager- und Logistikimmobilien hat im ersten Halbjahr 2021 einen wahren Boom verzeichnet. Dies zeigen Analyseergebnisse von BNP Paribas Real Estate. Demnach lag der Umsatz (inklusive Eigennutzer) mit einem Wert von 148.000 m² fast 50 Prozent über dem zehnjährigen Durchschnitt. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum hat sich der Umsatz fast verdreifacht.

Im ersten Jahr der Coronapandemie 2020 gab es große Unsicherheit auf den Kölner Immobilienmärkten. Dies hat sich mit dem Jahresbeginn 2021 deutlich gezeigt. Doch gibt es auf dem lokalen Lager- und Logistikflächenmarkt weiterhin das Problem des Mangels. Die Nachfrage ist deutlich größer als die verfügbaren Flächen, besonders im Stadtzentrum. „Nach einem fulminanten Start in das Jahr mit einem Flächenumsatz von 119.000 Quadratmetern im ersten Quartal, das unter anderem von zwei Großtransaktionen getragen wurde, präsentiert sich die Nachfrage im Sommer 2021 auf hohem Niveau stabil. Allerdings stand einmal mehr der Mangel an Angebotsflächen einem höheren Flächenvolumen entgegen. Für das zweite Quartal kann daher nur ein moderates Resultat von 29.000 Quadratmetern vermeldet werden. Im Gegensatz zum Jahresbeginn fehlten in den Frühlingsmonaten die Transaktionen im Segment über 20.000 Quadratmeter“, erläutert Christopher Raabe, Geschäftsführer und Head of Logistics & Industrial der BNP Paribas Real Estate GmbH, die Analyseergebnisse.

Die größten Umsätze auf dem Kölner Logistikmarkt gehen auf die Branchen Industrie/

Produktion, Handel sowie Logistikdienstleister zurück. Besonders groß war der Flächenumsatz mit 56.000 m² bei Industrieunternehmen. Sie haben im ersten Halbjahr bereits einen so hohen Flächenumsatz erzielt wie im gesamten Vorjahr 2020 und liegen damit um 112 Prozent über dem Zehnjahresdurchschnitt. Ähnlich umsatzfreudig zeigten sich Handelsunternehmen mit etwa 51.000 m² und lagen damit etwa 93 Prozent über dem langjährigen Durchschnitt. Deutlich stärker als noch 2019 und 2020 haben sich Logistikdienstleister auf dem Kölner Lager- und Logistikflächenmarkt präsentiert. Auf sie entfällt ein Volumen von knapp 30.000 m².

Laut Analyse hat es eine deutliche Verteilung der Abschlüsse nach Flächengrößen gegenüber dem Vorjahr gegeben. Große Verträge über 20.000 m² fehlten im ersten Halbjahr 2020 gänzlich. Nun gab es mit den Abschlüssen der WEG und von Lekkerland zwei große Projekte, die zusammen einen Umsatzanteil von 45,5 Prozent ausmachen und maßgeblich für das sehr gute Halbjahresergebnis auf dem Kölner Markt verantwortlich sind. Der Marktanteil von Projekten zwischen 8.001 und 12.000 m² sank deutlich auf 22 Prozent.

02651 96 200



ANDRE-MICHEL + CO.
STAHLBAU GMBH

**STAHL
HALLEN**

Andre-Michels.de

OTTO QUAST BAUT BÜROS FÜR WELTMARKTFÜHRER

Das Siegener Bauunternehmen errichtet zukunftsweisendes Verwaltungsgebäude in Nümbrecht



Innovativ und modern: das neue Verwaltungsgebäude "Welcome"

Es ist in jeder Hinsicht ein architektonisches Highlight: das neue Verwaltungsgebäude für einen der führenden Hersteller für Labor- und Medizintechnik am Stammsitz im oberbergischen Nümbrecht. Das Bauunternehmen Otto Quast aus Siegen hat das hochmoderne Gebäude als Generalunternehmen realisiert. In weniger als zwei Jahren Bauzeit wurden insgesamt 5.700 Quadratmeter Grundfläche mit 27.000 Kubikmetern umbautem Raum fertiggestellt.

Projektleiter Thorsten Schulze von Otto Quast: „Zu den besonderen Herausforde-

rungen zählten aus bautechnischer Sicht die komplexe Pfosten-Riegel-Konstruktio-

on mit vorgehängten Aluminiumbändern und im Innenausbau die abgehängten Deckensegel zur energieeffizienten Beheizung und Kühlung des Gebäudes. Sie sind in der Höhenlage mit der Fassade verbunden, sodass eine hochpräzise Ausführung erforderlich war, die keine Spielräume für nachträgliche Anpassungen oder Planänderungen zuließ.“

Der Kunde zählt zu den Weltmarktführern im Bereich der Labor- und Medizintechnik. Das neue Verwaltungsgebäude spiegelt mit seiner individuellen Architektursprache die Innovationskraft, Transparenz und die Verantwortung für Nachhaltigkeit des Unternehmens wider. Es ist für die multifunktionale Nutzung von Marketing, Vertrieb, Ausstellung und Schulungen konzipiert und bietet darüber hinaus ein modernes Betriebsrestaurant.



BAUEN IST SO

INDIVIDUELL
WIE SIE SELBST



OTTO QUAST

OTTO QUAST Bau AG
Weidenauer Straße 265
57076 Siegen

- Hochbau
- Straßen- und Tiefbau
- Schlüsselfertigbau
- Betonfertigteile
- Spezialtiefbau
- Trinkwasserbehälter
- Bauwerterhaltung
- Ingenieurbau
- Konzeption


QUARTIER HOHENLIND

Neues Wohnungsbauprojekt in Köln

Auf einem Areal von rund neun Hektar entsteht im Kölner Stadtteil Hohenlind neuer Wohnraum. Ein lebendiger Mix aus kleinen Appartements, unterschiedlich großen Wohnungen, Reihenhäusern und Eigenheimprojekten wurde geplant. Zudem sollen dort eine Kita, eine Grundschule sowie ein Parkhaus und zwei Tiefgaragen gebaut werden.

Im Kölner Stadtteil Lindenthal entsteht in unmittelbarer Nähe zur Militärringstraße das neue „Quartier Hohenlind“, das in mehrere Bauabschnitte unterteilt wird, die nach und nach realisiert werden sollen. Im Juli 2021 gab es den Spatenstich für das Großprojekt im Südwesten der Domstadt. „Vor dem [...] Spatenstich als symbolischen Start wurde das Gelände in den vergangenen Wochen für den Baustart vorbereitet.

Wie in Köln üblich, haben die Archäologen vorbeigeschaut und ihre Funde dokumentiert, viele Hunderte Meter Ver- und Entsorgungsleitungen wurden verlegt, und jetzt freuen wir uns, dass es offiziell losgeht und das Quartier Hohenlind schon bald sichtbare Formen annehmen wird“, so Natascha Peters, Stiftungsdirektorin der Caritas-Stiftung Deutschland, die gemeinsam mit der Benedict-Kreutz-Stiftung das Projekt rea-

lisiert. Die weitere Entwicklung des Quartiers soll in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Köln erfolgen. Im ersten Bauabschnitt sollen 23 Appartements entstehen. Im zweiten Bauabschnitt kommen dann zwölf Bürgerhäuser mit 140 Wohnungen dazu. „Mit dem [...] Spatenstich konnte ein weiterer großer Schritt in diesem Projekt gegangen werden. Die konkrete Umsetzung geht weiter, wird bald sichtbar, und ich freue mich, dass wir mit dem neuen Quartier Hohenlind weiterhin Wohnraum für die Stadt, für die Bürgerinnen und Bürger schaffen“, sagt Markus Greitemann, Baudezernent der Stadt Köln.  (CE)

Anzeige

FREYLER BAUT FIRMENSITZ VON DÖNGES


Industriebau-Unternehmen Freyler plant und realisiert maßgeschneiderten Gebäudekomplex



Foto: FREYLER

In der Logistikhalle ist u.a. ein hochmodernes Roboter-gestütztes Autostore-Lager entstanden, wo an neun Überladebrücken LKWs andocken können

ge war. „Hier haben wir gemeinsam mit Dönges die Prozessabläufe und die Zukunftsperspektiven betrachtet“, erklärt Freyler-Geschäftsbereichsleiter Torsten Prauser. „Daraus konnten wir ein individuelles und optimal auf die Kundenbedürfnisse zugeschnittenes Gebäudekonzept entwickeln.“


Das repräsentative Bürogebäude ist nach dem niedrigen Energiestandard KfW 55 errichtet. Es ist großflächig verglast und wird nachhaltig über eine Wärmepumpe beheizt. Auf dem Dach der Logistikhalle wurde zudem eine Photovoltaikanlage installiert. In der Logistikhalle sorgen eine Sprinkleranlage und Brandschutzttore für maximale Sicherheit. 

Im Gewerbepark Hofwiesen in Wermelskirchen hat die Dönges GmbH & Co. KG einen modernen Gebäudekomplex mit Büro- und Logistikflächen bezogen – Baupartner war Freyler Industriebau Bergneustadt. Im Mai 2019 war Baustart, die Übergabe erfolgte termingerecht und bezugsfertig im Dezember 2020 an Dönges.

Dönges spezialisierte sich zuerst auf Werkzeuge und Maschinen – später kamen Bundeswehr- und Feuerwehrausrüstung hinzu. Aufgrund wachsender Nachfrage entschied sich das Remscheider Unternehmen für einen Neubau von ca. 16.000 Quadratmetern. „Mit einer optimierten logistischen Infrastruktur können wir unsere Kunden jetzt noch besser beliefern und

insbesondere auf Sonderwünsche schneller und flexibler reagieren“, so Geschäftsführer Thomas Pletsch.

Rund 12.000 Quadratmeter entfallen auf die Logistikhalle und etwa 4.000 auf moderne Open-Space-Bürowelten. Geplant und ausgeführt wurden die Neubauten von Freyler Industriebau, wobei ein durchgeführter Konzepttag die Planungsgrundla-

 Weitere Informationen zur Dönges GmbH & Co. KG finden Sie unter www.doenges-rs.de. Zusätzliche Informationen zur Freyler Industriebau GmbH erhalten Sie auf www.freyler.de.

*FREYLER Industriebau Nordrhein-Westfalen
Torsten Prauser
Bahnstraße 2, 51702 Bergneustadt
west@freyler.de
Tel. +49 (0) 2261 94748-0*

FORD LEASE FULL-SERVICE-PAKET:¹

- INKL. WARTUNGSKOSTEN

- INKL. VERSCHLEISSKOSTEN

DIE FORD GEWERBEWOCHE



FORD KUGA COOL & CONNECT PHEV

2,5-l-Plug-In-Hybrid-Benzinmotor 165 kW (225 PS), Automatik, Metallic-Lackierung, Ford Navigationssystem, Klimaautomatik, Freisprecheinrichtung, Leichtmetallfelgen, Park-Pilot-System vorn und hinten, Auffahrwarnsystem u. v. m.

Monatliche Ford Lease Full-Service-Rate

€ 189,-^{1,2} netto (€ 224,91 brutto)

FORD TRANSIT COURIER KASTENWAGEN BASIS

1,0-l-EcoBoost-Benzinmotor 74 kW (100 PS), 6-Gang mit Start-Stop-System, Ford Audiosystem USB DAB, Freisprecheinrichtung, Schiebetür rechts, Doppelflügelhecktür, Trennwand zum Laderaum, Zentralverriegelung, ESP u. v. m.

Monatliche Ford Lease Full-Service-Rate

€ 149,-^{1,3} netto (€ 177,31 brutto)

Abbildungen zeigen Designstudien.



Kraftstoffverbrauch (in l/100 km nach § 2 Nrn. 5, 6, 6a Pkw-EnVKV in der jeweils geltenden Fassung): Ford Kuga Cool & Connect: 1,4 (kombiniert); (innerorts: entfällt); (außerorts: entfällt); CO₂-Emissionen: 31 g/km (kombiniert); Stromverbrauch: 18,7 kWh/100 km (kombiniert).

Ihr individuelles Angebot erhalten Sie bei den aufgeführten Ford Partnern.

AUTO STRUNK

Auto-Strunk
GmbH

Neusser Str. 460-474
50733 Köln
Tel.: 0221/74 94 0
www.auto-strunk.de

LA LINEA

La Linea Franca
KFZ-Handelsges. mbH

Humboldtstr. 134
51149 Köln (Porz)
Tel.: 02203/30 47 0
www.lalinea.de

KIERDORF

Autohaus KIERDORF
Niederlassung der I.C.
Autohandel Rheinland GmbH

Oskar-Jäger-Str. 166-168
50825 Köln
Tel.: 0221/40 08 50
www.autohaus-kierdorf.de

GEBERZAHN

Autohaus Rudolf Geberzahn
GmbH & Co KG

Rösrather Str. 511
51107 Köln
Tel.: 0221/89 90 70
www.ford-geberzahn.de

R&S

R&S Mobile
GmbH & Co. KG

Robert-Bosch-Str. 4
50769 Köln
Tel.: 0221/70 91 70
www.rsmobile.de

www.fordhändler-köln.de

¹Angebot der ALD AutoLeasing D GmbH, Nedderfeld 95, 22529 Hamburg, für Gewerbekunden (ausgeschlossen sind Großkunden mit Ford Rahmenabkommen sowie gewerbliche Sonderabnehmer wie z. B. Taxi, Fahrschulen, Behörden). Das Ford Lease Full-Service-Paket beinhaltet alle Wartungs- und Inspektionsarbeiten sowie anfallende Verschleißreparaturen im vereinbarten Umfang. Details unter www.ford.de/finanzen/finanzierung-und-versicherung/business-finanzierung/ford-flatrate. Angebot gilt bei Abschluss eines Leasingvertrages vom 01.09. bis zum 30.10.2021. ²Angebot Ford Kuga Cool & Connect: € 189,- netto (€ 224,91 brutto) monatliche Leasingrate; € 4.500,- netto (€ 5.355,- brutto) Leasing-Sonderzahlung; 36 Monaten Laufzeit; 30.000 km Gesamtleistung; **Der Erwerb des Ford Kuga PHEV verbunden mit einer Erstzulassung (Kauf oder Leasing mit einer Mindestlaufzeit von 24 Monaten) wird derzeit mit einem Umweltbonus i.H.v. 4.500 € gefördert.** Dieser kann, bei Beantragung und positiven Bescheid, zur Reduzierung der genannten Leasingsonderzahlung eingesetzt werden. Der jeweilige Herstelleranteil ist in diesem Angebot bereits enthalten. Weitere Informationen zum Umweltbonus finden Sie unter: www.bafa.de. ³Angebot Ford Transit Courier: € 149,- netto (€ 177,31 brutto) monatliche Leasingrate; € 0,- netto (€ 0,- brutto) Leasing-Sonderzahlung; 48 Monaten Laufzeit; 40.000 km Gesamtleistung.

DIE INNENSTADT KIPPT

Die Drogenproblematik und mehr und mehr die Wegelagerei drücken der Kölner City ihren Stempel auf



Viel zu häufig bietet sich Besuchern der Kölner Innenstadt leider ein solches Bild

Mit jedem Lockdown und den daraus resultierenden reduzierten Besucherfrequenzen konnten sich die Akteure ungestört niederlassen. Im Kernbereich der Kölner City agieren Drogendealer und Obdachlose kontinuierlich verstärkt und sie haben sich auf weite Teile der Innenstadt ausgeweitet.

Dabei werden Hemmschwellen immer niedriger, das Betteln noch aggressiver. Es geht sogar so weit, dass Besuchern der Stadt in der Außengastronomie im wahrsten Sinne des Wortes das Essen vom Teller geklaut wird. In den Hauseingängen und an den Kirchenfassaden werden rücksichtslos Fäkalien hinterlassen. Zwar sind die Eigentümer für ihre Immobilien zuständig und damit auch für diesen Zustand. Allerdings finden diese kaum noch Reinigungspersonal, das bereit für die Säuberung ist bzw. dem man diese Arbeiten noch zumuten kann.

So wie die Reinigungskosten steigen auch die Preise für die Sicherheit. Security-Mitarbeiter müssen am Ladeneingang nicht nur zusätzlich auf die Einhaltung der Coronaregeln achten. Auch die Bewachung der Ladenflächen wegen Diebstahls, Überfällen und Drohungen an Mitarbeiter – dazu gab es in der jüngsten Vergangenheit in mehreren Filialen Vorfälle. Die Folge: lange Krankheitszeiten mit psychischen Problemen nicht nur für die Betroffenen, sondern

auch Angst und Unbehagen für die Kunden und das gesamte Team im Verkauf.

Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit stehen für Aufenthaltsqualität

Dabei sind die Themen rund um Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit entscheidend für die Aufenthaltsqualität einer Destination. In Köln haben sich diese Faktoren durch die aktuelle Innenstadtentwicklung leider sehr zum Negativen hin entwickelt. Es gibt verschiedene Aktivitäten der Stadtverwaltung zur Problematik, wie die AG Neumarkt, die in einem umfassenden Netzwerk diesen zentralen Platz in der Innenstadt bearbeitet, allerdings sind derzeit keine signifikanten Entwicklungen erkennbar. Zwischenzeitlich hat sich die Situation so zugespitzt, dass sie nun auch in den angrenzenden Innenstadtlagen angekommen ist und sich in jüngster Zeit sogar noch ver-

schärft hat. War in der Vergangenheit vor allem das Gebiet Ebertplatz/Eigelstein betroffen, hat sich ein Teil der Drogenszene in der Südstadt rund um den Chlodwigplatz „etabliert“. Verstärkter Polizeipräsenz im Norden folgte die Verlagerung der Probleme in den Süden.

Es hapert bei der Umsetzung bestehender Beschlüsse

Bereits 2015 und 2020 gab es Beschlüsse der Bezirksvertretung Innenstadt, eine ganzheitliche Konzeption und Umsetzung endlich tatkräftig und vor allem kurzfristig umzusetzen. Dieser Beschluss besagt unter anderem: „Die Verwaltung wird beauftragt, ein Kolloquium durchzuführen, das sich umfassend mit dem Ist-Zustand der Obdachlosenszene und der bettelnden Menschen im Stadtbezirk I befasst und Lösungsvorschläge erarbeitet, wie die Situation sich im Sinne aller Betroffenen verbessern lässt. An dem Kolloquium sind neben Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung u. a. auch externe Sachverständige aus den Bereichen der Sozialarbeit, der Polizei, der Justiz, der Suchtberatung, der Flüchtlingshilfe und der IHK zu beteiligen.“

Denn unsere weltweit einzigartigen Kulturschätze der Stadt sollten nicht in diesem Ambiente präsentiert werden, sondern mit Respekt und Wertschätzung in ansprechenden Räumen für die Besucher zugänglich bleiben. Die Innenstadt ist das Aushängeschild Kölns und damit der zentrale Raum, der seine Strahlkraft auf ganz Köln hat. Gerade bei den aktuellen Entwicklungen wird deutlich, dass die Probleme der Innenstadt sich wellenartig auf die gesamte Stadt auswirken. Nun sind Politik und Verwaltung gefordert, um der rasanten Entwicklung und der Verwahrlosung der Innenstadt entgegenzuwirken und der sich ausbreitenden Drogenszene und Wegelagerei Einhalt zu gebieten. Um dieses zu entwickeln, sollte das geforderte Kolloquium mit den Profis und einem Erfahrungsaustausch mit Best-Practice-Beispielen aus anderen Großstädten geeignete nachhaltige Maßnahmen erarbeiten, die dann umgesetzt werden. Wichtig ist der Schulterschluss der Akteure aus Politik, Verwaltung, Bürgern und Wirtschaft, um gemeinsam und im Netzwerk die Herausforderungen zu meistern. Städte wie Rotterdam machen es vor: ein intelligentes, städtebauliches Konzept als Grundlage für die heutige, bei Gästen aus aller Welt beliebte Stadt.

Heribert Eiden

MARKETING MIT DER FIRMENGESCHICHTE

Das Geschichtsbüro Reder, Roeseling & Prüfer unterstützt Firmen bei der Nutzung ihrer Geschichte für die Kommunikation



Führungskräften (wegen des Zukunftsausblicks). Außerdem suchen die Mitarbeiter des Geschichtsbüros in den öffentlichen Archiven nach weiteren Unterlagen und werten die Literatur aus. Die Kunden begrenzen diese Recherchen nicht, denn sie wollen ja selbst möglichst viel erfahren.

Fakten gehören offen auf den Tisch

Gelegentlich tauchen bei den Forschungen des Geschichtsbüros weniger positive Fakten auf, nicht nur zur NS-Zeit, zu Zwangsarbeit oder Rüstungsproduktion. Dann raten die Historiker ihren Kunden zu einer offenen Kommunikation: „Wenn hinterher herauskommt, dass etwas verschleiert worden ist, ist der Kommunikations-GAU weit größer, als wenn eine Firma von vornherein die Fakten offen auf den Tisch legt“, erläutert Reder: „Ehrlichkeit wird von den Mitarbeitern und der Öffentlichkeit immer honoriert.“ Nicht zuletzt behalten die Firmen auf diese Weise die Deutungshoheit über die eigene Geschichte.

Durch den Aufbau von Firmenarchiven, aber auch durch Kunden, die in gewissen Abständen ihre Geschichte aktualisieren und die jüngsten Entwicklungen dokumentieren wollen, hat das Geschichtsbüro eine wachsende Zahl an Stammkunden. „Einmal hat ein Pressesprecher zweimal das Unternehmen gewechselt und so drei Bücher mit uns machen können. Er war ein echter Stammkunde“, erinnert sich Reder. Der Aufwand zur Gewinnung neuer Kunden für die Jubiläumskommunikation ist groß – aber er lohnt sich.

Heribert Eiden

Geschichtsbüro

Das in der Kölner Balthasarstraße ansässige Geschichtsbüro wurde 1999 von Dr. Dirk Reder und Dr. Severin Roeseling gegründet. Zehn feste und ca. 20 freie Mitarbeiter sind für das Unternehmen tätig.

Die Geschäftsführer Dr. Severin Roeseling, Dr. Dirk Reder und Projektleiterin Britta Stücker (v.l.n.r.) vom Geschichtsbüro

Anlass für diese Geschichtskommunikation ist meistens ein rundes Jubiläum oder auch ein Generationswechsel in der Geschäftsführung oder bei den Eigentümern. Die Kölner Historiker erforschen die Geschichten ihrer Kunden – Unternehmen, Verbände und andere Institutionen – wissenschaftlich-professionell.

Aus den Ergebnissen ihrer Recherchen entwickeln sie gut lesbare und aufwendig gestaltete Bücher, interessante Filme oder Ausstellungen, erfolgreiche Webseiten und viele andere Medien. „Wichtigstes Argument für das History Marketing: Mit Geschichte kann man beweisen, was das Marketing nur behaupten kann“, erläutert Mitgründer Dr. Dirk Reder: „Das überzeugt!“ Viele Unternehmen nutzen das Jubiläum auch, um ein Unternehmensarchiv einzurichten – ein echter Gewinn für Management und Unternehmenskommunikation und eine wichtige Stütze der Unternehmenskultur.

Geschichtsmarketing eignet sich für jedes Unternehmen: Die Kunden des Geschichtsbüros kommen aus (fast) allen Branchen, etwa 60 Prozent sind größere und mittelständische Familienunternehmen. „Wir haben durch unsere Arbeit sehr viele Familienunternehmen kennengelernt und erlebt, wie sie erfolgreich langfristige Ziele verfolgen und in Generationen statt in Quartalen denken“, erläutert Reder. „Deshalb sind wir auch dem Verband DIE FAMILIENUNTERNEHMER beigetreten.“ Das Geschichtsbüro erforscht aber auch die Geschichte von Aktiengesellschaften und Konzernen, Verbänden, Vereinen oder Kammern, Genossenschaften und Stiftungen. Außerdem richtet das Geschichtsbüro Firmenarchive ein und betreut sie dauerhaft. Das jüngste Unternehmen ist gerade

mal 13 Jahre alt, die älteste Unternehmerfamilie 550 Jahre. Meistens sind die Firmen 50 Jahre und älter und haben zwischen 100 und 20.000 Mitarbeiter, gelegentlich auch weniger oder deutlich mehr.

Die Strahlkraft einer Marke erhöhen

Mit „History Marketing“ stärken die Kunden des Geschichtsbüros positive Aspekte ihrer Identität und machen ihren Mitarbeitern ein überzeugendes Identifikationsangebot. Eine professionell präsentierte Geschichte stärkt also das Vertrauen von Mitarbeitern, Kunden und Öffentlichkeit und erhöht die Strahlkraft ihrer Marke. „Das Geschichtsbüro entwickelt dazu gemeinsam mit den Kunden die passenden Medien für das gesamte Jubiläumsjahr, damit die Botschaften ihre Zielgruppen erreichen“, erläutert Reder.

Basis der Arbeit ist eigentlich immer die Sammlung und Auswertung aller Unterlagen aus der Unternehmensgeschichte, die sich noch finden lassen. Ein Firmenarchiv gibt es oftmals nicht und wird dann während des Projektes eingerichtet. Wichtig sind daneben intensive Interviews mit aktuellen oder ehemaligen Mitarbeitenden, den Gesellschaftern sowie den heutigen

NEUE CHANCE FÜR E-SCOOTER?

Stadt und Anbieter vereinbaren konkrete Maßnahmen



Foto: FlagMan - stock.adobe.com

Dieser E-Scooter wurde am Rhein abgestellt, doch viele andere landeten zuletzt leider im Rhein

Vor einigen Jahren und teils heute noch werden E-Scooter als Chance für die Verkehrswende wahrgenommen. In Köln sind E-Scooter längst umstritten und für viele Bewohner nur noch ein großes Ärgernis. Die Stadt Köln möchte dies ändern und hat mit den Anbietern ein klärendes Gespräch geführt und Maßnahmen vereinbart.


Anika Meenken, Sprecherin des Verkehroclubs Deutschland für Radverkehr, sagte noch Ende Mai 2021: „E-Scooter sind eine Chance für die Verkehrswende, die nicht ungenutzt bleiben sollte. Insbesondere auf kurzen Wegen ermöglichen sie ein rasches und bequemes Vorankommen und erleichtern so den Umstieg vom Auto auf ein klimafreundliches Verkehrsmittel. Sie lediglich als Ärgernis oder Spielzeug herabzustufen, verkennt ihr Potenzial für die Verkehrswende. Um dieses voll auszuschöpfen, ist die Politik jedoch gefordert, die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Nur dann können sie sich langfristig als verlässliche und sichere Mobilitätsalternative etablieren.“ Neben der Frage, ob die E-Scooter tatsächlich so gut für die Umwelt sind, waren sie in der jüngeren Vergangenheit in der Domstadt ein massives

Ärgernis und im wahrsten Sinne des Wortes ein richtiger „R(h)einfall“. Hunderte Scooter wurden aus dem Rhein und zahlreichen Seen wieder herausgeholt. Zudem ärgern sich Passanten oft über mitten auf den Gehwegen abgestellte Fahrzeuge. Immer wieder kommt es zu teils schweren Unfällen. Dies soll sich ändern. Die Stadt Köln hat mit den E-Scooter-Verleihern nun Maßnahmen vereinbart.

Fünf Maßnahmen geplant

Die Stadt Köln zeigt sich von den Ergebnissen des Gesprächs mit den Anbietern zufrieden. Es seien konkrete, kurzfristig umsetzbare und dauerhafte Maßnahmen im Einvernehmen zwischen den Beteiligten erzielt worden. „Wir haben die Vorgaben

klar definiert und auch auf schnelle Ergebnisse gedrängt. Ebenso wollten wir keine Einzelaktionen, sondern dauerhafte Lösungen. Gemeinsam mit den Verleihern haben wir konkrete Maßnahmen beschlossen. Wir werden deren Umsetzung sehr genau beobachten und bei Bedarf nachjustieren“, sagt der Beigeordnete Markus Greitemann, Kommissarischer Leiter des Dezernats für Mobilität der Stadt Köln. „Mit den jetzt gemeinsam beschlossenen Maßnahmen ist sichergestellt, dass E-Scooter auch in Köln ihren wichtigen Beitrag zur Verkehrswende leisten können. Wir bedanken uns bei der Stadt Köln für den konstruktiven Dialog und möchten diesen in regelmäßig stattfindenden Gesprächen fortsetzen. Viele der heute vereinbarten Maßnahmen sollten schnell Wirkung zeigen und werden auch evaluiert. Bei anderen Themenfeldern müssen wir noch gemeinsam an endgültigen Lösungen arbeiten“, sagt Christoph Egels, Sprecher der Facharbeitsgruppe Mikromobilität der Plattform Shared Mobility. Künftig soll es flächendeckend und bedarfsgerecht Abstellbereiche für die Fahrzeuge geben. Pilotprojekte laufen bereits. Hinzu kommen Zonen, in denen das Abstellen verboten ist, bspw. auf den beiden Seiten entlang des Rheins oder an Weihern. Verleiher müssen nicht ordnungsgemäß abgestellte Fahrzeuge nach sechs Stunden entfernen, vorher waren es 24 Stunden. Zudem haben die Verleiher einen konkreten Plan zur Bergung von im Rhein liegenden Scootern vorgelegt. Weiterhin soll es eine Infokampagne geben, die auf das Fehlverhalten und die Einhaltung der Regeln abzielt, ein Schwerpunkt hierbei: alkoholisiertes Fahren.

Ein Anbieter der Leih scooter zwingt seine Kunden in den Abendstunden vor der Benutzung zum Reaktionstest, um die Verkehrstüchtigkeit der Kunden zu überprüfen. Drogen- und Alkoholkonsum verlängern die Reaktionszeit. Die Nutzer können zwischen Donnerstag und Sonntag in den Abend- und Nachtstunden nur noch mit dem Scooter fahren, wenn sie den Reaktionstest bestehen. Alkoholisierte Nutzer sollen so keine Möglichkeit mehr erhalten, eine Fahrt auf dem E-Scooter anzutreten. Das System wurde unter anderem in München getestet. Immer wieder kommt es zu Unfällen durch betrunkene E-Scooter-Fahrer, teils mit schweren Verletzungen. Ob neben dem Anbieter Voi, der die Technik in Köln nun einsetzt, auch andere Anbieter künftig mitziehen, ist bisher noch nicht klar. 

Christian Esser



Kann man regional und digital sein?

Sparkassenkunde: Stefan Lehmann & Sparkassenkundin: Teresa Buntić



Ja klar!

Mit unserem innovativen BusinessCenter mit persönlicher Beratung für schnelle und einfache Lösungen sind wir in Köln und Bonn auf kurzen Wegen erreichbar – und mit dem Finanzkonzept 2.0 haben wir unser Beratungsangebot weiter ausgebaut.

Persönlich. Digital. Direkt.

sparkasse-koelnbonn.de/businesscenter



 **Sparkasse
KölnBonn**

MELDEPFLICHT FÜR GESELLSCHAFTEN

Seit dem 1. August 2021 gelten für die Mitteilung von wirtschaftlich Berechtigten an das Transparenzregister neue Regelungen



Foto: sdecoret - stock.adobe.com

Wegfall der Mitteilungsfiktion: Wirtschaftlich Berechtigte müssen zwingend an das Transparenzregister gemeldet werden

Am 1. August 2021 ist das Transparenzregister- und Finanzinformationsgesetz (TraFinG) in Kraft getreten. Die Regelungen des TraFinG werden für Unternehmen einen erheblichen Handlungsbedarf auslösen, da mit dem Gesetz die Mitteilung der sogenannten wirtschaftlich Berechtigten an das Transparenzregister für nahezu alle Gesellschaften verpflichtend geworden ist. Lag die Anzahl der meldepflichtigen Rechtseinheiten bisher bei ca. 400.000, müssen nunmehr nach Schätzung des Gesetzgebers ca. 2,3 Millionen Unternehmen eine Meldung zum Transparenzregister vornehmen.

Transparenzregister

Gesellschaften haben die erforderlichen Angaben zu den wirtschaftlich Berechtigten einzuholen, aufzubewahren, auf aktuellem Stand zu halten und dem Transparenzregister unverzüglich zur Eintragung in das Transparenzregister mitzuteilen. Das Transparenzregister dient der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Durch die Schaffung von mehr Transparenz bei Unternehmen soll es Kriminellen durch die erleichterte Feststellbarkeit von Personen mit Kontrollmacht in Gesellschaften erschwert werden,

sich hinter einem Geflecht aus Gesellschaften/Briefkastenfirmen zu verstecken.

Wirtschaftlich Berechtigte

Wirtschaftlich Berechtigter ist grundsätzlich jede natürliche Person, die unmittelbar oder mittelbar mehr als 25 Prozent der Kapitalanteile hält, mehr als 25 Prozent der Stimmanteile kontrolliert oder auf vergleichbare Weise Kontrolle über die betreffende Gesellschaft ausübt. Werden die Anteile, die Stimmrechte oder eine Kontrolle auf sonstige Weise von einer Gesellschaft gehalten bzw. ausgeübt, gilt als mittelbar

wirtschaftlich Berechtigter derjenige, der die Muttergesellschaft beherrscht.

Eine Kontrolle „auf sonstige Weise“ kann in verschiedenen Fallkonstellationen in Betracht kommen. Vor diesem Hintergrund bedarf die Ermittlung des oder der wirtschaftlich Berechtigten stets einer Prüfung im Einzelfall.

Wenn es auch nach umfassender Prüfung keinen solchen tatsächlichen wirtschaftlich Berechtigten gibt, gelten die gesetzlichen Vertreter – das heißt bei einer GmbH die Geschäftsführer oder bei einer Aktiengesellschaft die Vorstandsmitglieder – als sogenannte fiktive wirtschaftlich Berechtigte.

Vom Auffangregister zum Vollregister: Wegfall der Mitteilungsfiktion

Bis zum 31. Juli 2021 war das Transparenzregister als Auffangregister ausgestaltet.

Eine Meldung des bzw. der wirtschaftlich Berechtigten an das Transparenzregister war nach der sogenannten Mitteilungsfiktion entbehrlich, sofern sich bestimmte Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten (Vor- und Nachname, Geburtsdatum, Wohnort sowie Art und Umfang des wirtschaftlichen Interesses) bereits aus anderen öffentlichen Registern, wie insbesondere dem Handelsregister, ergeben.

Mit der Aufwertung des Transparenzregisters vom Auffangregister zu einem Vollregister zum 1. August 2021 ist diese Mitteilungsfiktion weggefallen. Hintergrund der Umstellung auf ein Vollregister ist die vorgesehene Vernetzung aller europäischen Transparenzregister.

Betroffene Gesellschaften

Nahezu sämtliche Gesellschaften sind seit dem 1. August 2021 verpflichtet, die erforderlichen Informationen zu den wirtschaftlich Berechtigten an das Transparenzregister zu melden. Dazu gehört nunmehr auch die Angabe sämtlicher Staatsangehörigkeiten des wirtschaftlich Berechtigten.

Zu den erstmals meldepflichtigen Gesellschaften zählen außer denjenigen Unternehmen, die sich nicht mehr auf das Vorhandensein der erforderlichen Informationen in anderen öffentlich zugänglichen Registern (Mitteilungsfiktion) berufen können, nunmehr auch börsennotierte Gesellschaften. Diese waren bisher aufgrund der höheren Transparenzanforderungen im Wertpapierhandelsrecht von einer Mitteilung an das Transparenzregister befreit. Gesellschaften müssen künftig dafür Sorge tragen, dass sie parallel zu den schon bisher erforderlichen Eintragungen insbesondere im Handelsregister und zur Einreichung von Gesellschafterlisten auch die notwendigen Mitteilungen an das Transparenzregister unverzüglich vornehmen und sämtliche Eintragungen auf dem aktuellen Stand halten.

In Konzernen bzw. bei Beteiligungsketten ist für jede einzelne Gesellschaft gesondert dem Transparenzregister mitzuteilen, wer die wirtschaftlich Berechtigten sind. Eine Gesamtmeldung für alle Konzerngesellschaften ist nicht möglich.

Übergangsregelungen für bestimmte Bestandsgesellschaften

Für Gesellschaften, die sich nach der bis zum 31. Juli 2021 geltenden Gesetzeslage auf die Mitteilungsfiktion berufen konn-


ten, sieht das TraFinG rechtsformabhängige Übergangsfristen vor, innerhalb derer die Mitteilung des oder der wirtschaftlich Berechtigten an das Transparenzregister erfolgen muss. Die Übergangsfrist läuft im Falle einer AG, SE oder KGaA bis zum 31. März 2022, im Falle einer GmbH, (Europäischen) Genossenschaft oder Partnerschaft bis zum 30. Juni 2022 und in allen anderen Fällen bis zum 31. Dezember 2022. Gesellschaften, die (erst) nach dem 1. August 2021 errichtet wurden, profitieren nicht von den Übergangsfristen, sondern müssen ihre Meldepflichten gegenüber dem Transparenzregister in jedem Fall unverzüglich erfüllen.

Bußgeldvorschriften

Verstöße gegen die Transparenzregistermeldepflichten können bei vorsätzlicher Begehung mit einer Geldbuße bis zu 150.000 Euro, bei leichtfertiger Begehung mit einer Geldbuße bis zu 100.000 Euro geahndet werden. Bei einem schwerwiegenden, wiederholten oder systematischen Verstoß ist eine Ahndung mit einer Geldbuße bis zu 1.000.000 Euro oder dem Zweifachen des aus dem Verstoß gezogenen wirtschaftlichen Vorteils möglich. Sofern solche Verstöße von bestimmten Verpflichteten (u. a. Kreditinstitute) begangen werden, ist eine Geldbuße bis zu 5.000.000 Euro oder 10 Prozent des Gesamtumsatzes möglich. Das Geldwäschegesetz enthält die Vorgabe an die Aufsichtsbehörden, Personen

und Unternehmen, die gegen das Geldwäschegesetz verstoßen haben, sowie Art und Charakter des Verstoßes öffentlich bekannt zu geben („naming and shaming“).

Fazit

Durch das TraFinG erhöht sich die Bedeutung des Transparenzregisters für Unternehmen erheblich. Für knapp 1,9 Millionen Rechtseinheiten besteht erstmals konkreter Melde- und fortlaufender Überprüfungsbedarf. Gesellschaften sollten daher sorgfältig prüfen, wer als wirtschaftlich Berechtigter zu qualifizieren ist, und die erforderlichen Mitteilungen an das Transparenzregister vornehmen. Mit Blick auf die ebenfalls erforderlichen Eintragungen in andere Register (z. B. Handelsregister) und die Einreichung von Gesellschafterlisten ist auf einen Gleichlauf der Informationen zu achten. 



Gastautor: Dr. Marc Peters,
Rechtsanwalt der Luther
Rechtsanwaltsgesellschaft mbH



Fortlaufender Bedarf der Ermittlung und ggfs. Meldung wirtschaftlich Berechtigter

PIONIERE DER ZUKUNFTSFÄHIGKEIT

Mit agiler Transformation an die Spitze



Foto: Shutterstock - stock.adobe.com

Transformation – Notwendigkeit und magische Veränderung zugleich

Allen Vorurteilen zum Trotz ist Agilität noch lange kein alter Hut. Im Gegenteil: In einer zunehmend komplexen Welt stellt die agile Transformation den entscheidenden Schlüssel zur Zukunftsfähigkeit von Unternehmen dar. Doch so unumgänglich der Wandel ist, so tiefgreifend ist er und so viel Mut erfordert er. Nur mit Kreativität, einem starken Willen und einer großen Portion Pioniergeist kann er gelingen.

„Das ist ein kleiner Schritt für einen Menschen, aber ein großer Sprung für die Menschheit!“ So lauteten die Worte Neil Armstrongs, als er am 20. Juli 1969 als erster Mensch einen Fuß auf den Mond setzte. Was er und seine Mitastronauten Buzz Aldrin und Michael Collins geleistet hatten, gilt nicht zu Unrecht als eine der größten Pioniertaten der menschlichen Geschichte. Doch müssen Pioniere nicht zwangsweise ins Weltall fliegen oder in die weite Welt reisen. Manchmal kommt die Herausforderung auch zu ihnen. Dann ändert sich die Welt so, dass es Pioniergeist braucht, um sie unter veränderten Umständen wieder neu zu erobern.

Solche Veränderungen hat es in den letzten Jahrzehnten zuhauf gegeben – angefangen mit der Globalisierung in den frühen Neunzigerjahren bis zur Digitalisierung von heute mit weltweiter Vernetzung von Reisen, Kommunikation, Geschäftsbeziehungen und weltumspannender Logistik. Und leider: Auch die Krisen sind weltweit geworden, ganz unabhängig davon, ob es sich um Auseinandersetzungen zwischen

Staaten handelt, um Turbulenzen an den Finanzplätzen oder wie aktuell um einen Virus, der die Welt heimsucht.

Mit anderen Worten: Wir haben es heute mit einer ganz anderen Welt zu tun als noch vor 30 Jahren, und diese Welt ist zu uns gekommen. In ihr müssen Unternehmenslenker und ihre Mitstreiter Pioniere sein, die unglaubliche Dinge wagen, die sie sich vor allzu langer Zeit kaum ausmalen konnten. Wenn der Mensch sich die Welt arbeitend zu eigen macht, muss er in einer anders gewordenen Welt anders arbeiten und zusammenarbeiten.

Die sechs Dimensionen agiler Transformation

Wenn Unternehmen in der grassierenden Komplexität überleben und erfolgreich sein wollen, müssen sie anpassungsfähig und flexibel sein. Sie müssen bereit sein, Risiken einzugehen, um auf neuen Wegen selbst aus Rückschlägen zu lernen, und müssen agil werden. Die Herausforderung:

Viele haben bereits von Agilität gehört, wissen aber nicht, wie sie es anfangen sollen. Doch aufschieben ist längst keine Option mehr. Wer nicht agil wird, kann im Kampf gegen die Windmühlen der Komplexität nur verlieren.

Um das Gelingen agiler Transformationen zu verstehen, braucht es einen ganzheitlichen Blick darauf, wie Unternehmen die agile Reorganisation angehen müssen, um sich von Verwaltern klassischer Organisationen zu agilen Pionieren ihres Marktes und ihrer Branche zu entwickeln. Sechs Dimensionen sind hierfür erforderlich:

Erste Dimension: das Entwickeln eines agilen Zielbilds des Unternehmens

Agile Unternehmen lösen sich vom Fokus auf sich selbst. Statt ihre internen Bedingungen über das Produkt bestimmen zu lassen, richten sie ihre Strategie am Kunden aus, dessen Nutzen sie maximieren wollen. Nicht Ressourcen, Strukturen und Prozesse bestimmen, was gemacht wird, sondern was gebraucht wird, bestimmt, wohin sich die Organisation verändern muss. Im ersten Schritt verlangt dies ein klares Zielbild – eine Vision, wie die Agilität im Unternehmen aussehen und wirken soll. Dazu gehört ein Zielbild agiler Organisationsstrukturen sowie einer passenden Unternehmenskultur und eines agilen Führungsverständnisses. In dieser Vision wird deutlich, wo sich die Organisation verändern muss, um sich schneller an Marktgegebenheiten anzupassen.

Zweite Dimension: die Entwicklung einer kundenorientierten Organisationsstruktur

Klassische hierarchische Strukturen mit ihrer Pyramidenstruktur begünstigen das Entstehen von Silos und Kopfmonopolen nicht nur, sondern führen unausweichlich dorthin. Um agil zu werden, muss die Or-

ganisation diese Schlacken abwerfen und sich so aufbauen, dass schnelle und zielgenaue Anpassungen jederzeit möglich werden. Dies gelingt mit netzwerkartigen Strukturen und einer Ablauforganisation, in der crossfunktionale Teams den Kunden in den Mittelpunkt ihres Denkens und Handelns stellen. Die im Sinne der Wertschöpfung unerhebliche Aufbauorganisation wird zum Befähiger der Ablauforganisation umdefiniert. Weil dies mit Machtverlust im hierarchischen Gefüge verbunden ist, setzt dies ein erhebliches großes Umdenken in Selbstverständnis und Haltung der Linienführungskräfte voraus.

Dritte Dimension: das Einführen iterativer Prozesslandschaften

Schon heute funktioniert die klassische Projektarbeit nach dem Wasserfallprinzip nur noch in Ausnahmefällen und wird bald vollends versagen. Lang laufende Pläne und Meilensteine, die weit in der Zukunft liegen, vertragen sich nicht mehr mit einer Realität, in der morgen schon vieles anders aussieht als heute. Deshalb nehmen agile Unternehmen den Kunden in ihren Blick und setzen auf ein iteratives Vorgehen und das Liefern in Inkrementen, also kurzfristigen Ergebnissen. Hierfür nutzen sie häufig Vorgehensmodelle wie Scrum. Statt einer Einmallieferung finaler Produkte beginnen sie sehr früh damit, den Kunden greifbare Zwischenergebnisse und Prototypen zu liefern, um auf deren Feedback bereitwillig und zügig eingehen zu können. Durch die direkte Kundennähe herrscht ein hoher Grad an Selbstverpflichtung und Eigenverantwortlichkeit der Teams und ihrer einzelnen Mitarbeiter.

Vierte Dimension: ein mitarbeiterzentriertes Führungsverständnis

In agilen Organisationen ändert sich die Rolle der Führungskräfte und damit auch die Anforderung an ihre Kompetenzen und Haltungen. Dass man ihr „nur zuarbeitet“, gehört ebenso der Vergangenheit an wie der klassische Habitus, Leistung über Druck zu erzeugen und zu steuern. Die Führungskraft stellt sich in den Dienst der Teams, um gemeinsam schneller Nutzen für den Kunden zu schaffen. Auf die Fähigkeit und den Willen der Führenden, aus ihrer alten Machtposition in eine neue

Unterstützerrolle zu schlüpfen, kommt es dabei entscheidend an.

Fünfte Dimension: die Implementierung agiler Personal- und Führungsinstrumente


Zur Agilität entschlossene Unternehmen setzen auf neuartige Personal- und Führungsinstrumente, mittels derer die Transformation nachhaltig gestaltet werden kann. Die HR der Organisation wird deutlich aufgewertet, indem sie zum strategischen Partner im Wandel wird. In agilen Organisationen vertrauen nicht nur die Führungskräfte Verantwortung und Aufgaben zunehmend crossfunktionalen Teams an. Auch die HR-Bereiche treiben dies an. So übertragen sie die Verantwortung für die Mitarbeiterentwicklung oder etwa das Recruiting komplett in die Teams. Durch ihren aktiven Dialog mit Mitarbeitern und Führungskräften werden die HR vom gefühlten Fremdkörper, der weit vom Geschäft entfernt ist, zum aktiven Mitspieler im Ringen um die Kunden. Ohne die HR als entscheidender Katalysator werden agile Transformationen scheitern.

Sechste Dimension: das Leben einer agilen Unternehmenskultur

Agile Organisationskulturen setzen Transparenz, Dialog, Vertrauen und kurzfristige Feedbackmechanismen gegen die sonst üblichen Absicherungsstrategien, korsettartigen Regeln und Standards, die jeglichen Freiraum der Mitarbeiter ersticken. Wissen wird nicht mehr in Silos gehortet, sondern proaktiv geteilt und der Umgang mit Fehlern ist konstruktiv statt abstrafend. Statussymbole als Insignien hierarchischer Macht, die nicht der Wertschöpfung dienen, werden entzaubert, weil auf Augenhöhe kommuniziert und agiert wird. Darüber hinaus entscheidend: Eine agile Kultur begrüßt Veränderungen, statt sie abzulehnen, weil durch die schnelle Anpassung an neue Rahmenbedingungen ein greifbarer Wettbewerbsvorteil entsteht.

Zukunft erfolgreich gestalten: der Weg zur agilen Organisation

Nur wenn der Reifegrad in allen sechs Dimensionen zur externen und internen

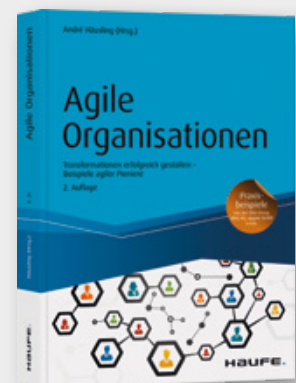
Komplexität der Organisation passt, wird deren Zukunftsfähigkeit sichergestellt. Die Praxis belegt immer wieder, dass selbst Defizite in nur einer Dimension den Erfolg der strategischen Neuausrichtung infrage stellen. Stottert der Motor des agilen Wandels, kommt es entscheidend darauf an, die Engpässe in den Dimensionen zu identifizieren und zügig zu beseitigen. Doch all das gelingt nur mit dem Mut und dem Willen, neue Wege zu gehen und ein Pionier zu sein, wo andere so lange zögern, bis sie den Anschluss an die sich rasend schnell verändernde Welt verloren haben. 



*Gastautor: André Häusling,
Gründer und Geschäftsführer der
HR Pioneers GmbH, Buchautor,
Keynote-Speaker*

Buchtipps

Wie Unternehmen Transformationen gestalten sowie den agilen Reifegrad erhöhen und wo die Chancen, Herausforderungen und Stolperfallen liegen, beschreiben André Häusling und Stephan Fischer in ihrem Buch:



© Haufe Verlag

Agile Organisationen
*Transformationen erfolgreich gestalten –
Beispiele agiler Pioniere*
2. überarbeitete Auflage August 2020
Haufe Verlag, Freiburg
346 Seiten, Hardcover
ISBN 978-3-648-13830-4

AKTIV GEGEN DEN SCHULNOTSTAND

Im Wirtschaftsplan 2021 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln sind 373 Millionen Euro für den Schulbau vorgesehen



Foto: Gebäudewirtschaft der Stadt Köln/Martina Govert

Der Kölner Schulbau schreitet voran, zum Beispiel in Form des Neubaus am Gymnasium Zusestraße

dass wir – trotz weiter enger Marktlage und Lieferschwierigkeiten durch die Coronapandemie – wie geplant bis zum Schuljahresbeginn 2022/2023 alle erforderlichen Schulplätze gesichert oder zusätzlich geschaffen haben“, so Petra Rinnenburger weiter.

**Insgesamt
22.000 Schulplätze**

Im Sommer 2020 beschloss der Rat das zweite große Schulbaupaket mit Direktvergabe an General- bzw. Totalunternehmer, das bisher größte Schulbaupaket der Kölner Stadtgeschichte. Es umfasst 49 Schulbaumaßnahmen an 20 Standorten bis zum Jahr 2027. Es geht um Planungs- und Bauleistungen in Höhe von 1,7 Milliarden Euro. Mit den beiden Schulbaupaketen aus 2017 und 2020 sollen Kapazitäten für rund 22.000 Schulplätze stadtweit geschaffen werden. „Bei allem Streben nach zügiger Erweiterung behalten wir auch die Qualität im Blick. So achten wir zum Beispiel auf hohe ökologische Standards und viel Grün rund um die Schulen“, versichert Baudezernent Markus Greitemann.

Wenn Köln eine Stadt der klugen Köpfe bleiben will, muss sich in Sachen Bildung noch einiges bewegen. Der Schulbau wurde viele Jahrzehnte vernachlässigt. Dem gegenüber steht eine ansteigende Zahl an Schülerinnen und Schülern, die der Bevölkerungsdichte unserer schnell wachsenden Metropole geschuldet ist. Ein Missverhältnis, das die Stadtverwaltung erkannt hat und dem sie mit verschiedenen Maßnahmen gegensteuert. So stellt die Gebäudewirtschaft im Wirtschaftsplan 2021 für 79 Neubau-Großprojekte im Schulbauwesen insgesamt 373 Millionen Euro bereit – fast 100 Millionen Euro mehr als im Vorjahr.

Astrid Waligura

<https://www.stadt-koeln.de/gw>



Foto: Alex Weis

In den Sommerferien war viel los auf Kölns Schulbaustellen. In dieser Zeit wurden 78 Bau- bzw. Sanierungsmaßnahmen an 63 der 266 städtischen Schulstandorte durchgeführt. In Zahlen heißt das: Im Bereich der Bestandsgebäude wurden über 16 Millionen Euro investiert. Und damit nicht genug. Insgesamt berücksichtigt der aktuelle Wirtschaftsplan 62,5 Millionen Euro für laufende Instandhaltung und Instandsetzung in 2021. Auch in Neubau-Großprojekte investiert die städtische Gebäudewirtschaft kräftig. So fließen in 2021 insgesamt 373 Millionen Euro in Neubau, Erweiterungsbau und Generalinstandsetzung. Damit werden die massiven Investitionen aus dem Vorjahr noch mal um ca. 100 Millionen getoppt. In 2020 lag das Budget bei 274 Millionen Euro.

2020 zwei besondere Schulbaupakete auf den Weg gebracht. Erklärtes Ziel war es, Planungs- und Bauzeiten zu beschleunigen. Das erste Maßnahmenpaket Schulbau aus 2017, welches im Juli 2019 von ursprünglich 15 auf 22 Bauvorhaben erweitert und den aktuellen Marktbedingungen angepasst wurde, prognostiziert einen Kostenorientierungswert für die Realisierung der Bauvorhaben von mehr als 520 Millionen Euro. Das Besondere: Die Bauvorhaben, darunter Neubauten, Erweiterungen, Generalinstandsetzungen und Interimsbauten, wurden an General- oder Totalunternehmer vergeben. „Die Vergabe an General- oder Totalunternehmer hat einige Schnittstellenrisiken minimiert. Bei über 30 Einzelvergaben bestehen in jeder Vergabe Risiken – zum Beispiel, keinen Partner am Markt zu finden – was nicht zuletzt auch in Zeit zu berechnen ist“, erklärt Petra Rinnenburger, Technische Betriebsleiterin der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Der Plan scheint aufzugehen, denn laut Gebäudewirtschaft liegen alle Bauprojekte im Zeitplan. „Die Fortschritte sind überall im Stadtbild für jeden sichtbar. Wir setzen alles daran,

Neue Vergabeform als Treiber

Um dem großen Bedarf an Schulplätzen gerecht zu werden, ist die Stadt aktiv geworden und hat in den Ratsbeschlüssen 2017 und

Statement

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

„Wir investieren in diesem Jahr eine noch höhere Summe in den Schulbau und für die Sanierung der bestehenden Schulen als im vergangenen Jahr. Die vielen Aktivitäten an unseren Schulen und an Interimsstandorten werden mehr und mehr auch für die Öffentlichkeit sichtbar. Nun zahlt sich aus, womit wir vor einigen Jahren mit der Neuausrichtung von Vergabeformen und Beschaffungen begonnen haben. Auch die Berücksichtigung von Investoren- und Anmietmodellen bringt erste Erfolge. Dies bestätigt unsere Strategie. Ich bin zuversichtlich, so dem Schulnotstand in Köln weiter entgegenzuwirken.“


SCHULBAU GENIESST HOHE PRIORITÄT

Baudezernent Markus Greitemann im Interview mit **DIE WIRTSCHAFT** 




Foto: Stadtköln / Andreas Dobschaff


Markus Greitemann: „Die Stadt Köln unternimmt alles, um den Bedarf an Schulplätzen zu decken!“

DIE WIRTSCHAFT : Die Stadt Köln stellt in 2021 eine Rekordsumme von 373 Millionen Euro für den Schulbau bereit. Wird das dem Bedarf – gemessen am prognostizierten Schüler*innenwachstum – gerecht?

Markus Greitemann: Dem Schulbau messen wir insgesamt eine hohe Priorität bei. Die Stadt Köln unternimmt alles, um den Bedarf an Schulplätzen zu decken. Auch zukünftig wird der Rat alle hierfür erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen. Die Rekordsumme von 373 Millionen Euro für Großbauprojekte im Schulbau wurde im Vergleich zum hohen Budget von 2020 erneut massiv erhöht, um fast 100 Millionen Euro.

DIE WIRTSCHAFT : Wie wird sich das Budget für den Schulbau in den nächsten Jahren entwickeln?

Markus Greitemann: Um die angemeldeten Bedarfe im Schulbau umzusetzen, geht die Gebäudewirtschaft davon aus, dass die Investitionen in den Schulbau auch in den kommenden Jahren mindestens im bisherigen Umfang erforderlich werden.


DIE WIRTSCHAFT : Wie weit sind die Überlegungen der Stadt, eine eigene Schulbaugesellschaft an den Start zu bringen?

Markus Greitemann: Die Gründung einer Schulbaugesellschaft ist vorgesehen, um so den Bedarf an Schulbaumaßnahmen zu decken. Verwaltungsinterne Gespräche fanden hierzu statt.

DIE WIRTSCHAFT : Welche besonderen Ansprüche gelten heutzutage beim Neubau hochmoderner Schulgebäude?

Markus Greitemann: Die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln setzt ihre Schulbaumaßnahmen nach Vorgabe der pädagogisch-architektonischen Standards in Schulgebäuden sowohl bei Neu- als auch Erweiterungsbauten der Stadt Köln um. Bei der Planung von Neubauten für Grund- und weiterführende Schulen sind die Vorgaben für barrierefreies Bauen einzuhalten. Hierbei prüft die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln grundsätzlich, auch bei Bestandsschulen, die den Standards nur teilweise oder gar nicht entsprechen, inwieweit in den betroffenen Bereichen Verbesserungen im Bezug auf die Barrierefreiheit umgesetzt werden können.

DIE WIRTSCHAFT : Welche Rolle spielen Umwelt- und Klimaschutz?

Markus Greitemann: Durch die selbst auf erlegten Energieleitlinien sorgt die Gebäudewirtschaft seit 2004 für besonders klimaschonende Eigenschaften ihrer öffentlichen Gebäude – etwa bei Schulen, Kindertagesstätten, Rathäusern oder Museen. Die Leitlinien wurden im Sinne des Umweltschutzes bereits im Jahr 2004 durch das Energiemanagement der Gebäudewirtschaft entwickelt und vom Rat der Stadt Köln verabschiedet sowie 2017 fortgeschrieben. Diese gehen deutlich über die gesetzlichen Vorgaben der Energieeinsparverordnung hinaus und sind bindende Grundlage aller Architekten- und Ingenieurbeauftragungen. Sie gelten für alle städtischen Neubauten sowie Sanierungsvorhaben im Gebäudebestand und genauso für Gebäude, die im Rahmen von öffentlich-privaten Partnerschaften oder anderen Investorenmodellen errichtet werden. Alle Vorgaben verfolgen das Ziel einer nachhaltigen effizienten Energienutzung. Bereits seit 2010 wird auf fast jedem Neubau eine Fotovoltaikanlage installiert. Zusätzlich werden die Dächer von Bestandsbauten an Privatinteressenten zum Bau von Fotovoltaikanlagen verpachtet. Insgesamt wird durch den Betrieb der eigenen Fotovoltaikanlagen sowohl ein deutlicher Beitrag zur Senkung der Energiekosten als auch zur Reduzierung von CO₂-Ausstoß erreicht. In den neueren Anlagen wird ein erheblicher Anteil des erzeugten Stroms in den jeweiligen Gebäuden selbst verbraucht. Weitere Schritte in Hinblick zu einer klimafreundlichen und klimagerechten Umsetzung bei Baumaßnahmen zeigen sich in Bezug auf Passivhausweisen. Gemäß dem Beschluss des Rates der Stadt Köln vom 2. Februar 2016 haben Neuplanungen städtischer Gebäude auf der Basis der geltenden städtischen Energieleitlinien in Passivhausbauweise zu erfolgen. Dazu zählen Neubauten und gleichermaßen Modernisierungen bzw. Sanierungen, bei denen in Teilen nach Passivhausstandard modernisiert bzw. saniert wird. 

Astrid Waligura



DAS ENDE EINER ÄRA

16 Jahre schaffte sie das, wir kennen sie und bald kommt Neuland

Wenn am 26. September 2021 ein neuer Bundestag gewählt wird, stellt sich Angela Merkel nach 16 Jahren als Bundeskanzlerin nicht erneut zur Wahl. Seit 2005 ist viel in Deutschland und der Welt passiert. 4 Wahlsiege und zahlreiche Krisen später hinterlässt die Merkel zwar keinen großen innenpolitischen Stempel, aber einen großen außenpolitischen Fußabdruck.

Die Welt zusammengehalten mit eigener Handschrift

Über Jahrzehnte hinweg war Deutschland auf außenpolitischer Bühne, gerade dann, wenn es um globale Fragen ging, ein Mitläufer. Historisch betrachtet ging das auch nicht anders über lange Zeit. Außenpolitisch ist Deutschland kein Mitläufer mehr, sondern hat unter Angela Merkel ein eigenes Profil entwickelt. Mit dem Minsker Friedensabkommen von 2014 übernahm die Bundesrepublik erstmals Verantwortung für eine internationale Konfliktlösung, auch bei der Ausrichtung der Libyen-Konferenz 2020 zeigte das Land außenpolitische Verantwortung. Das große Ziel bei drohenden militärischen Konflikten: Frieden wahren und sichern. Für militärische Aufgaben ist die Bundesrepublik allerdings auch gar nicht gerüstet. Die Bundeswehr ist eine Dauerbaustelle, immer wieder durchzogen von Skandalen – von Verfehlungen der Soldaten bis hin, dass Großteile der Ausrüstung nicht

funktionieren oder vorhanden sind. Dazu gehört auch die Anpassung der Verteidigungsausgaben gemäß dem 2-Prozent-Ziel der NATO.

Kleine Akzente in der Wirtschaft

Exportweltmeister bis 2009, die Wirtschaft wächst nicht rasant, aber deutlich spürbar. Die Banken- und Finanzkrise hat weltweit die Märkte belastet. Die schnelle Reaktion mit der Garantie auf Sparvermögen hat womöglich Schlimmeres verhindert. Doch die wirtschaftspolitischen Früchte, die in ihrer Amtszeit abgeworfen wurden, fußen wohl eher auf dem bestellten Feld, das Merkel übernahm: die Agenda 2010, die große Reform, die Vorgänger Gerhard Schröder umsetzte, dessen Wiederwahl 2005 aber auch genau daran scheiterte. Der seit Jahren geltende Mindestlohn war ebenfalls kein CDU-Wahlkampfthema, sondern ein unumgängliches Zugeständnis an den Koalitionspartner SPD. Die Union selbst brachte eine Reform der Unternehmenssteuer

ein und die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge. Selbst mit großen Initiativen ging die Kanzlerin nie voran, sie überließ dies den Ministern. Ein wichtiger finanzpolitischer Meilenstein, der in ihrer Zeit eingeführt wurde, war die „schwarze Null“. Fluch und Segen zugleich: Weniger Schulden für die kommenden Generationen sind erstrebenswert, aber nur, wenn es keinen Stau bei Investitionen gibt.

Digitalisierung eher „Neuland“

Apropos Investitionen: Zu einer Zeit, wo viele User schon seit Jahren einen Facebook-Account hatten, E-Mails längst Standard war und kaum noch einer eine SMS versendete, es war 2013, sagte Merkel gefragt nach einem US-Überwachungsprogramm der NSA: „Das Internet ist für uns alle Neuland.“ Dies sorgte für Erheiterung, die Internetgemeinde reagiert belustigt und kreativ mit Memes. Doch acht Jahre später ist dieser Satz ein bisschen sinnbildlich für den Istzustand. Noch immer wäre in vielen Regionen des Landes das Internet „Neuland“, wenn es denn auch mal eine Verbindung geben würde. Die Chance, ein Digitalministerium in enger Abstimmung mit bestehenden Ministerien zu integrieren, wurde verpasst. In vielen Punk-

ten hat Deutschland digital erheblichen Handlungsbedarf, insbesondere bei der Verwaltung und, besonders bitter, bei der Bildung, wie die Coronapandemie im vergangenen Jahr deutlich machte.

Verhinderte Klimakanzlerin

Immer wieder in ihrer Amtszeit mahnte die Bundeskanzlerin an, international mehr beim Klimaschutz zu tun. Groß inszeniert hatte sie sich 2007 in Grönland wahrhaftig als „Klimakanzlerin“. Doch die selbst gesteckten Klimaziele wurden zumeist verfehlt oder erst verspätet umgesetzt, bspw. die Anzahl von E-Autos auf deutschen Straßen. Bei eigenen klimapolitischen Maßnahmen wurde immer besonders viel Rücksicht auf die Industrie genommen, vielleicht bisweilen zu viel Rücksicht. Bei so mancher Zukunftstechnologie wäre ein Stück weit mehr politischer Druck besser gewesen, um Wettbewerbsvorteile nicht zu verspielen oder um klimapolitisch heute schon deutlich weiter zu sein. Dies gilt auch für ihre Aufgabe als Regierungschefin. Merkel hat sehr oft sehr lange beobachtet. Hin und wieder wäre ein beherzteres, früheres Eingreifen wünschenswert gewesen. In ihrer Amtszeit wurden allerdings auch klimafreundliche Energieträger wie Windkraft oder Solarenergie ausgebaut.

Der Kohleausstieg ist für 2038 beschlossen. Eine große Kehrtwende vollzog Merkel unmittelbar nach der Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima 2011. Kurz darauf wurde der Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen, obwohl wenige Monate zuvor die Laufzeiten für die deutschen Meiler noch verlängert wurden. Die Bilder der Explosionen und die massiven Auswirkungen in der Region nach dem nuklearen Desaster hatten Eindruck hinterlassen. Die Abschaltung der deutschen Atomkraftwerke bis 2022 schaffte eine größere Sicherheit für die Bevölkerung. Die fehlende Energie musste aber kompensiert werden, unter anderem durch klimaschädlichen Kohlestrom.

Fazit:

Als die gebürtige Hamburgerin Angela Merkel 2005 Bundeskanzlerin wurde, habe ich sie nicht gewählt. Ging auch nicht, ich war gerade einmal 15 Jahre alt. Manch einem kam die Amtszeit von Angela Merkel zu lang vor, hin und wieder gab es immer mal wieder Diskussionen, dass die Amtsdauer künftig begrenzt werden soll.

Ein Makel, den man ihrer 16-jährigen Amtszeit anlasten kann, ist, dass man das Gefühl hat, dass es keinen wirklich bahnbrechenden nationalen politischen Wurf gab. Außen- bzw. weltpolitisch wirkt es anders. Sie war in diesem bislang so turbulenten Jahrhundert ein Stabilisator. Sie

hat den Laden zusammengehalten, viele unterschiedliche Interessen in Kompromissen bündeln können und konnte Probleme, wie Donald Trump, auch zur Not sehr gut aussitzen. In vielen Ländern ist ihr Ansehen größer als hierzulande. Fragen Sie doch mal Barack Obama, was er von Angela Merkel hält – der kommt aus dem Schwärmen nicht mehr raus. Immer wieder gab es Krisen, die bewältigt werden mussten, ob die Finanzkrise, die fast nahtlos in eine Eurokrise überging, die Flüchtlingskrise oder zuletzt und weiterhin aktuell, die Coronapandemie. Alles Krisenherde, wo es keinen vorgefertigten Plan in der Schublade gab und die entweder globale Auswirkungen hatten oder zumindest für die EU relevant waren. Merkel musste dabei oft schnell handeln, war dabei immer besonnen und überlegt. Sie konnte aber auch durchgreifen, meistens dann, wenn sie jemandem signalisierte, hinter ihm oder ihr zu stehen – die betreffenden Ministerposten wurden kurz darauf in der Regel neu vergeben. Die Kanzlerin hat sich auf jeden Termin, den sie in ihrer Amtszeit absolvierte, intensiv vorbereitet, immer mit dem Bemühen, zu jeder Zeit und in jeder Situation den richtigen Ton zu treffen. Vielleicht bleibt auch gerade deshalb ihr spontan dahingesagter Satz „Wir schaffen das“ im Gedächtnis als markantes Zitat hängen. Merkel war eine Kanzlerin der Mitte, auch weil die ungünstigen Konstellationen rund um drei große Koalitionen mit der SPD wegen der unterschiedlichen Ansätze nur Raum für Kompromisse und nicht für große Sprünge zuließen. Ihre eigene Partei hat sie dadurch in vielen politischen Bereichen in ungewohntes Fahrwasser befördert und damit wohl auch die Flanke für eine Partei rechts der CDU geöffnet, die es laut CDU nicht geben soll und darf.


Die globalen Herausforderungen rund um die zahlreichen Krisenherde hat Merkel gut entschärfen können. Doch es wartet auf ihre Nachfolgerin oder ihren Nachfolger eine Vielzahl von Aufgaben innerhalb der nächsten Legislaturperiode, national und international. Wie dem Klima helfen? Wie umgehen mit der Coronapandemie? Wie werden die Bildungslücken durch Unterrichtsausfall aufgeholt? Hält der Staat digital mit? Welche Rahmenbedingungen haben Wirtschaftsakteure in sich rasant wandelnden Märkten? Was ist eigentlich mit der Stabilität der EU? Und ist meine Rente eigentlich noch sicher? ... Um Antwort wird gebeten. 



Foto: AlexWels

Die Bundeskanzlerin war 2017 zu Besuch bei der gamescom

Christian Esser

GETRÄNKE-START-UPS IM KURZPORTRÄT

Ob Limonade, antioxidatives Wunderwasser oder Brauhandwerk: Hiesige Getränkeproduzenten erobern sich zunehmend ihren Platz im Lebensmitteleinzelhandel – auch überregional

Köln zählt zu den größten und multikulturellsten Metropolen Deutschlands. Kein Wunder, dass sich hier gerne junge Start-ups ansiedeln, die vom großen Durchbruch träumen. Der Startplatz im Mediapark – ein Inkubator und Accelerator für Start-ups – oder das Gründerstipendium des Digital Hub Cologne bieten dabei Unterstützung.

Vor allem die Getränkebranche scheint es dieser Region angetan zu haben: Verschiedene Limonaden, Destillate, Biere und gesunde Softdrinkalternativen halten zunehmend Einzug in den regionalen

und teilweise auch überregionalen Einzelhandel, in Gastronomien und Bars. Im Folgenden werden sechs von ihnen kurz vorgestellt.

Jana Leckel



Foto: romaset-stock-adobe.com / Illustrationen: Sonnikaster-stock-adobe.com



Foto: Joachim Rieger

Duex

Irgendwo zwischen Start-up und Brauerei ist Duex zu verorten. 2018 kam Biersommelier Michael Müller zusammen mit Braumeister Ben Ott bei Bier und Pizza die Idee, eine eigene Brauerei zu gründen. Ganz einfach, aus Spaß an der Freude und mit der Vision, eine bessere, innovativere und vielfältigere Brauerei ins Leben zu rufen als die bisherigen. Denn neben klassischen Bieren wie Kölsch, Pils und Weizen werden hier auch verschiedene Ales, IPAs oder Bockbiere gebraut. Für die meisten Biere gilt das deutsche Reinheitsgebot. Ausnahmen werden hingegen für saisonale Specials gemacht, wie etwa das limitierte Trio Stout in der Vorweihnachtszeit. Hierfür wurde das Duex Roast mit kenianischen Ol’Ochoy-Kaffeebohnen veredelt, das Duex Must mit Cabernet-Mitos-Trauben und das Duex All In mit im Whiskyfass gereiftem Bier, Kaffee und Wein. Der Name Duex bedeutet auf Kölsch übrigens Deutz und ist schlichtweg der Stadtteil, in dem bis 2023 die eigene Brauerei gebaut wird. Frisch vom Fass bekommt man das Bier zum Beispiel in der Birreria Duexer Botschaft, in der es neben italienischem Essen ausschließlich Duex-Bier gibt. Darüber hinaus wird das Bier, das es ausschließlich in Dosen in verschiedenen Größen und Fässern gibt, über den Ausschank in Gastronomien, dem Getränkehandel und demnächst auch über einen eigenen Onlineshop vermarktet.

ÖselBirch

In Estland ist Birkenwasser längst so verbreitet wie hierzulande Apfelschorle. Um auch deutsche Konsumenten von dem natürlichen Gesundmachergetränk zu überzeugen, startete ÖselBirch 2017 mit einem Projekt bei der Crowdfunding-Plattform kickstarter. Ein Jahr später wagte sich das estnisch-deutsche Startup 2018 in die Höhle der Löwen – und ging ohne Deal nach Hause. Inzwischen verfügt das Familienunternehmen über ein umfangreiches Sortiment aus Bio-Birkenwasser, fermentiertem Bio-Birkenwasser und Nahrungsergänzungsmitteln zum Sprühen. Allen Produkten gemeinsam sind die enthaltenen Antioxidantien sowie Spuren anderer wichtiger Mineralstoffe und Vitamine. Auch ohne löwenstarke Unterstützung hat ÖselBirch längst den Einzug in den lokalen Einzelhandel geschafft. Der dabei wichtigste Schachzug war inmitten der Pandemie 2020 der Wechsel von Glasflaschen auf nachhaltig produzierte Tetra Paks aus Rohkarton mit Deckeln aus Zuckerrohr. Ein roter Faden durch das Sortiment und die verschiedenen europäischen Absatzmärkte bildet die Nachhaltigkeit: „Unser Hauptziel besteht darin, die Wälder zu retten“, erklärt CEO Anne-Liis Theisen. „Das mag im ersten Moment verwirrend klingen, wenn man bedenkt, dass wir unseren Birkensaft direkt aus den Bäumen zapfen. Aber wenn man das richtig macht und die Bäume nur alle zwei Jahre anzapft und dabei die Lochgröße und -tiefe berücksichtigt, schadet man den Bäumen damit nicht und schützt zudem die Wälder davor, abgeholzt zu werden.“



Foto: ÖselBirch



Foto: Green B GmbH, ke1907-stock.adobe.com

Green B

Gerade im Kölner Raum assoziieren die meisten mit der Bergamotte vermutlich den Duft von 4711 Echt Kölnisch Wasser – denn die südeuropäische Zitrusfrucht ist eines der Hauptcharakteristika des 1708 von der Firma Farina entwickelten und heutzutage wohl bekanntesten Kölner Duftes. Dank Green B könnte sich das künftig ändern, denn hier wird die Bergamotte neu in Szene gesetzt! Nach einem Kalabrienurlaub 2014 entstand die Idee für diese außergewöhnliche Limonade. Die Basis bildet Wasser aus dem Naturschutzgebiet Königsforst, alle weiteren Inhaltsstoffe sind biozertifiziert. Nach ersten Gesprächen mit Gastronomen stellte sich schnell heraus, dass der, der sich wirklich in der Softgetränkewelt behaupten will, mehr als nur eine Zitruslimonade anbieten muss: „Deswegen haben wir zunächst eine Biocola entwickelt und parallel dazu kam die Möglichkeit, Kölner Wasser abzufüllen, was es bis dahin so nicht gab“, erzählt Inhaber Thomas Link. Die Bio-Orangenlimonade Gold B vervollständigte schließlich das Sortiment. Ebenso wie in der ersten Limo, befinden sich auch in der Cola und Orangenlimo die für Green B charakteristischen Fruchtstücke der Bergamotte.

Algenfels

Gin ist in aller Munde! Doch wie hebt man sich da von all der Konkurrenz ab? Ganz einfach, indem man typische Botanicals wie Wacholder, Koriander, Orangenblüten oder Zitronenzesten mit der Mikroalge *Chlorella Vulgaris* destilliert. Die Idee dazu kam Arne Maercker, Dennis Prause und Jan Zaabe im Jahr 2018, als sie für ihr damaliges Start-up Phytolinc ein Weihnachtsgeschenk für ihre Kooperationspartner suchten. Nachdem ein Produzent gefunden und das passende Rezept entwickelt war, wurde ein erster Batch produziert und die Hälfte davon verschenkt. „Das Feedback war dann so gut, dass wir einen Onlineshop aufgemacht haben, auf die ersten Weihnachtsmärkte damit gegangen sind und so hat sich das peu à peu entwickelt“, erinnert sich Maercker an die Anfangszeit. Inzwischen ist das Team auf fünf Personen herangewachsen, die aber allesamt noch einem anderen Beruf nachgehen. Dennoch wollen sie Algenfels noch immer aufbauen und den Einzug in weitere Spirituosenränke von Bars, Restaurants und lokalen Einzelhändlern schaffen: „Wir alle sind überzeugte Unternehmer und brennen für das Unternehmertum und die Start-up-Szene“, so Maercker.



Foto: Algenfels / Markus Dinkelbach



Foto: djahé GmbH, ke1907-stock.adobe.com

djahé

Ein anderer natürlicher Rohstoff bildete die Ausgangsposition von djahé: Die Geschwister Justin Darmawan und Pamela Barrón haben indonesische Wurzeln und sind quasi mit Ingwer groß geworden: „Unser Vater leitete damals ein indonesisches Restaurant, in dem eine Ingwer-Zitronen-Limonade nach einem alten Familienrezept verfeinert und unseren Gästen angeboten wurde. Das lief so gut, dass wir 2015 die Limonade das erste Mal in Flaschen abgefüllt haben“, berichtet Geschäftsführerin Pamela Barrón. Mit Maracuja und Rhabarber folgten 2017 weitere Geschmacksrichtungen. Zwei Jahre später launchte das junge Team Ingwer-Eistee in vier verschiedenen Sorten, ehe es 2020 mit drei verschiedenen Ingwershots in Glasflaschen auf den Markt ging. Auch bei djahé sind alle Produkte biozertifiziert. Die Gründer schätzen die regionale Food-Startup-Szene: „Wir pflegen die Kontakte und den Austausch sehr und haben viele andere Start-ups bei diversen Messen und Events kennengelernt“, so Barrón. „Es ist ein Miteinander und kein Gegeneinander. Der Austausch ist da, alle sind supernett und sehr hilfsbereit, das ist wirklich cool hier an der Kölner Start-up-Szene.“

Jetferro's

Victoria Brabeck und Maximilian Keck sind die beiden Köpfe hinter Jetferro's. Seit ihrem Produktlaunch 2020 wirbeln sie die Kombucha-Szene auf. Bei ihren biozertifizierten fermentierten Durstlöschern auf Grün- oder Schwarzteebasis wird vom Ansatz bis zur Abfüllung und Etikettierung alles von Hand gemacht, genauer gesagt von Keck selbst. Bis zu 1.000 Liter auf zwei verschiedene Sorten verteilt produziert er je nach Auftragslage pro Woche. Neben spannenden Geschmacksrichtungen wie Ingwer-Verbene, Waldbeere-Minze oder Pumpkin-Chai ist in Kooperation mit der Kölner Kaffeerösterei Kaffeosaurus ein Kaffee-Kombucha entstanden. Eigentlich wollten Brabeck und Keck bei Kaffeosaurus bloß ihren Kombucha vermarkten, doch als sie gefragt wurden, ob sie einen Kaffee-Kombucha entwickeln möchten, machte sich Keck gleich an die Arbeit. Entstanden ist dabei eine Kombination aus Schwarztee, Grüntee und Kaffee. Für die Zukunft wünschen sich die beiden Gründer ein organisches Wachstum: „Die Qualität des Produktes darf nie unter seiner Produktion leiden“, betont Brabeck daher.



Foto: Jetferro's Vision UG

DIE VERMEIDBARE KRANKHEIT

Durch regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen kann der Ausbruch von Darmkrebs verhindert werden

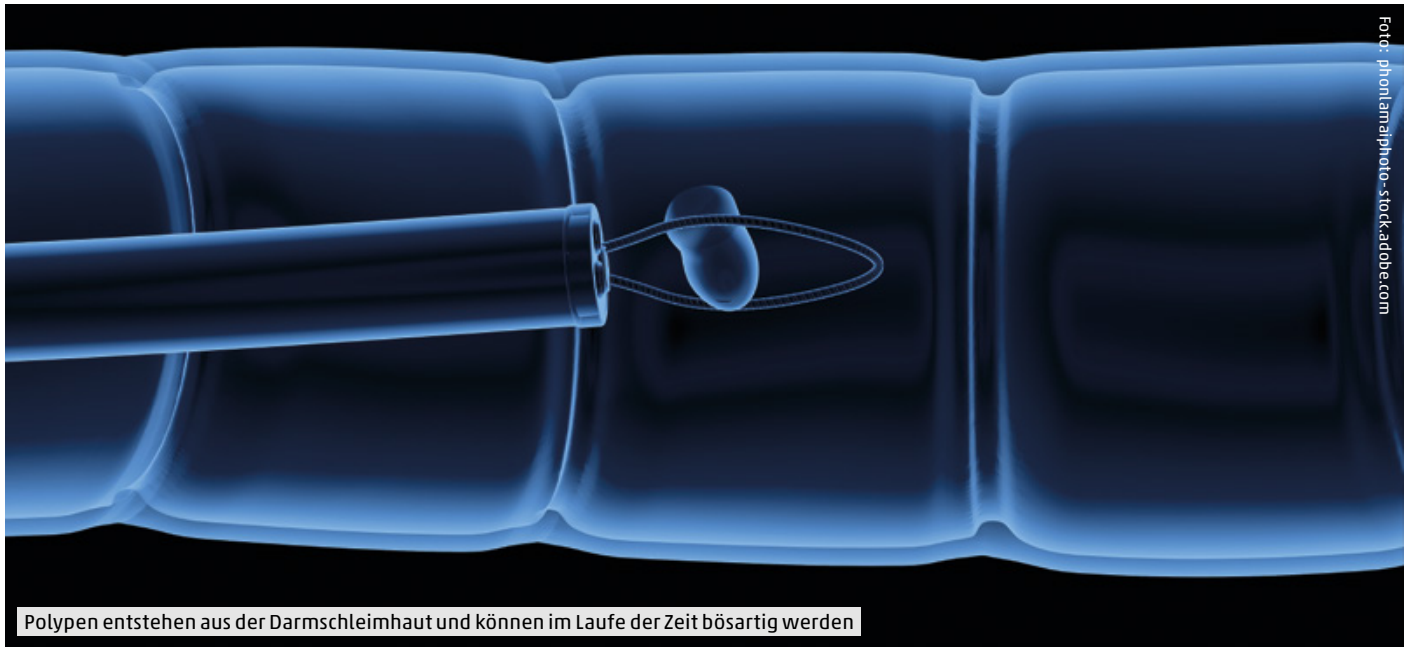


Foto: phonlamai/photo-stock/Adobe.com

Polypen entstehen aus der Darmschleimhaut und können im Laufe der Zeit bösartig werden

Wie wichtig ärztliche Vorsorgeuntersuchungen sind, zeigt das Beispiel Darmkrebs. Weltweit erkranken jedes Jahr 1,4 Millionen Menschen neu an Darmkrebs, allein in Deutschland sind es jährlich mehr als 60.000. Genauer: Eine von 20 Frauen und einer von 17 Männern in Deutschland erhalten im Laufe ihres Lebens die Diagnose Darmkrebs. Damit ist der Darmkrebs die zweithäufigste Krebsart. Grund genug, sich mit diesem Thema zu beschäftigen.

Das Risiko für Darmkrebs steigt mit fortschreitendem Alter an. So erkranken mehr als die Hälfte der Patienten jenseits des 70. Lebensjahrs, nur etwa 10 Prozent der Krebserkrankungen treten vor dem 55. Lebensjahr auf. Im Gesamtdurchschnitt liegt das Erkrankungsalter von Frauen bei 76 Jahren und das von Männern bei 72 Jahren. Diese Zahlen dürfen aber nicht darüber hinwegsehen lassen, dass Darmkrebs auch Jüngere treffen kann, und das in jedem Alter. Die Entwicklung der Patientenzahlen zeigt, dass das Risiko für jüngere Menschen ansteigt: Die Anzahl der Patienten im Alter von 25 bis 49 Jahren stieg in der Zeit von 2002 bis 2014 um 10,7 Prozent. Aber die gute Nachricht ist: Es gibt eine ausgezeichnete Chance, den Darmkrebs zu heilen.

Keine Warnzeichen

Darmkrebs ist eine „stille“ Krankheit. In den meisten Fällen gibt es keine Warnzei-

chen. Und die Symptome treten oft erst dann auf, wenn die Krankheit schon weit fortgeschritten ist. Daher ist es angeraten, bei allen länger anhaltenden Beschwerden oder Unregelmäßigkeiten im Verdauungstrakt einen Facharzt aufzusuchen. Zu den Symptomen, die auf Polypen oder ein Karzinom hindeuten können, zählen beispielsweise sichtbares Blut im Stuhl, auffällige Veränderungen der Stuhlgewohnheiten (z. B. Durchfall und Verstopfung im Wechsel) oder anhaltende Schmerzen im Bauchbereich.

Vorstufen

Im Gegensatz zu anderen Krebsarten entsteht Darmkrebs aus Vorstufen, den Polypen. Unter Polypen versteht man Schleimhautvorwölbungen, die aus der Darmschleimhaut ins Darminnere hineinragen. Sie entstehen dort, wo in der Schleimhaut mehr Zellen wachsen als normalerweise. Die meisten Polypen sind

gutartig, sodass aus ihnen kein Darmkrebs entsteht. Manche Polypen, auch wenn sie lange gutartig sind, können jedoch im Laufe der Zeit zu Krebs entarten. Entsteht bösartiges Gewebe, dann wächst dieses unkontrolliert und verdrängt gesundes Gewebe. Dieser Darmkrebs kann sich in darunterliegende Muskelschichten ausbreiten, die von Blut- und Lymphgefäßen durchzogen sind. Man schätzt, dass dieser Vorgang bis zu zehn Jahre dauern kann – viel Zeit, um eine Krebserkrankung zu verhindern. Mithilfe von Vorsorgeuntersuchungen können diese Vorstufen bereits entdeckt und entfernt werden – noch bevor sie zu Krebs werden.

Familiäres Risiko

Es liegt oft in der Familie. Darmkarzinome und Darmpolypen sind bei 30 Prozent der Darmkrebspatienten bereits in der eigenen Familie aufgetreten. Ein erhöhtes Risiko, ebenfalls an Darmkrebs zu erkranken, besteht daher für alle direkten Verwandten, also für Eltern, Geschwister und Kinder. Wer familiär vorbelastet ist, der sollte besonders sorgfältig darauf achten, dieses Risiko im Auge zu behalten. Was also tun?

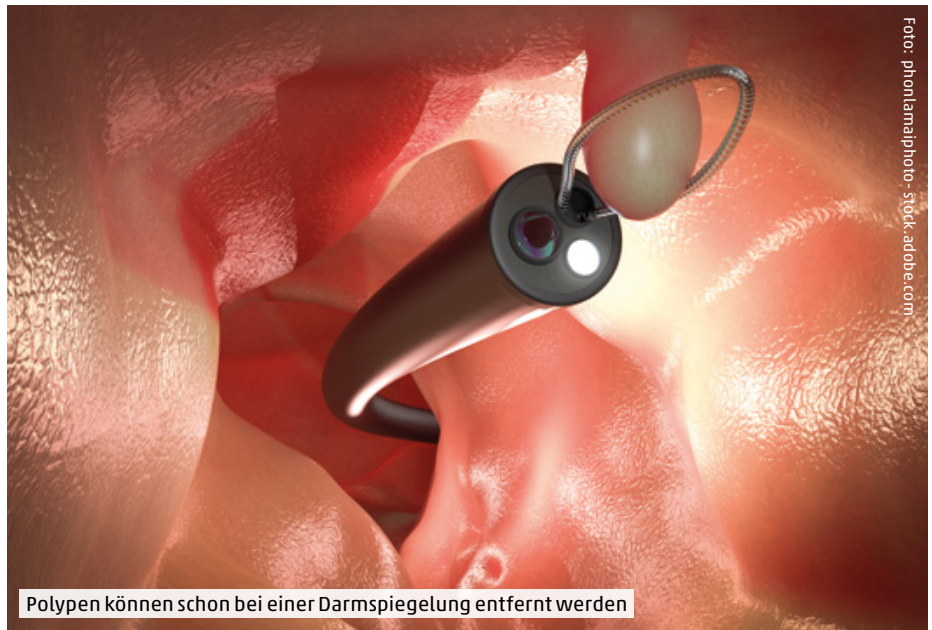
Früherkennung

Die Früherkennung ist eine der wichtigsten Maßnahmen gegen den Krebs. Denn rechtzeitig erkannt, ist Darmkrebs harmlos. Und die effektivste Methode zur Darmkrebsfrüherkennung ist die Darmspiegelung (Koloskopie). Dank dieser Untersuchung kann Darmkrebs früh erkannt und damit bei den meisten Menschen vollständig geheilt werden. Selbst beim Nachweis von Tumorgewebe in Polypen kann die Erkrankung in bestimmten Fällen allein endoskopisch behandelt werden. Je früher ein bereits bestehender Darmkrebs entdeckt wird, desto besser sind die Heilungschancen. In Deutschland sterben aber immer noch jährlich etwa 26.000 Menschen an Darmkrebs. Eine umfassende Vorsorge könnte diese Zahl nach Expertenmeinung um bis zu 90 Prozent reduzieren. Und dennoch zögern viele Menschen, eine solche Untersuchung vornehmen zu lassen.

Was passiert bei einer Darmspiegelung?

Die Darmspiegelung (Koloskopie) ist sicher, sauber und schmerzfrei, und die Vorbereitung dazu ist einfach und kaum zeitaufwendig. Deutliche Vorteile also. Trotzdem zögern immer noch zu viele Menschen, diese lebenswichtige Untersuchung vornehmen zu lassen. Die Darmspiegelung wird mit einem weichen, in allen Ebenen biegsamen Endoskop mit Videochip durchgeführt. Die Verwendung von hochauflösenden Videochips in Verbindung mit digitaler Chromoendoskopie und modernsten LED-Lichtquellen stellt dabei die höchstmögliche Erkennbarkeit von Schleimhautveränderungen sicher. Untersucht wird der gesamte Dickdarm, bei bestimmten Fragestellungen sogar der tiefe Dünndarm. Und sofern erforderlich, können bei einer Koloskopie auch Gewebeproben entnommen oder Polypen entfernt werden.

Um die Darmschleimhaut zu entfalten und eine vollständige endoskopische Untersuchung möglich zu machen, wird üblicherweise eine geringe Menge normaler Raumluft in den Darm gepumpt. Um nachfolgende Beschwerden wie Druckgefühle oder Bauchschmerzen, die dadurch entstehen können, dass die im Darm verbliebene Luft nur langsam entweichen kann, zu vermeiden, wird mittlerweile ein neues und besonders schonendes Verfahren eingesetzt. Dabei wird anstelle normaler Raumluft Kohlendioxid (CO₂) verwendet. Der Vorteil liegt darin, dass Kohlendioxid



Polypen können schon bei einer Darmspiegelung entfernt werden

bis zu 150-mal schneller abgebaut wird als Luft, sodass mögliche Schmerzen während und nach der Untersuchung signifikant reduziert werden können. Die Koloskopie wird in Absprache mit dem jeweiligen Patienten auf Wunsch unter Sedierung durchgeführt. Die Untersuchung dauert nur etwa 20 Minuten.


Entfernung von Polypen

Werden bei der Darmspiegelung Polypen erkannt, so werden sie bereits während der Untersuchung entfernt. Der Darm ist schmerzempfindlich, sodass die Prozedur keine Schmerzen verursacht. Über den Arbeitskanal des Endoskops wird eine feine Drahtschlinge vorangeschoben, um den Polypen gelegt und zugezogen. Für einen kurzen Moment wird dabei ein Hochfrequenz-Strom durch die Drahtschlinge geleitet. Durch die Hitzeeinwirkung wird der Polyp abgeschnitten und die Blutgefäße werden verschlossen. Der abgeschnittene Polyp wird dann zusammen mit dem Endoskop aus dem Darm herausgezogen. Anschließend wird der Polyp zur feingeweb-

lichen Untersuchung ins Labor geschickt. Dort wird analysiert, ob bereits Krebszellen vorhanden waren und ob der Polyp vollständig entfernt werden konnte.

Vorsorge ab wann?

Die gesetzlichen Krankenkassen haben sich daher darauf geeinigt, die Vorsorgegastrospiegelung bereits ab dem 55. Geburtstag für Frauen und ab dem 50. Geburtstag für Männer in den Leistungskatalog aufzunehmen. Die Krankenkassen übernehmen ab diesem Alter also die Kosten für die Untersuchung. Ist der Befund unauffällig, muss die Untersuchung erst nach sieben bis zehn Jahren wiederholt werden.

Wenn familiär ein erhöhtes Risiko besteht, sollte bereits früher, etwa ab dem Alter von 40 bis 45 Jahren, mit der Darmspiegelung begonnen werden. Auch für den zeitlichen Abstand zwischen den Vorsorgeuntersuchungen gelten für Patienten mit familiärer Vorbelastung individuelle Empfehlungen des behandelnden Arztes oder des Hausarztes. 



Gastautoren: Dr. Ulf T. Esser und Dr. Stefan Keymis, Gastroenterologen, Klinik LINKS VOM RHEIN

INKLUSION UND KULTUR FÜR ALLE

Inklusion ist das politische Leitziel des LVR. Ausgehend vom LVR-Aktionsplan stellt es die Basis der Arbeit des Landschaftsverbandes Rheinland dar



Foto: andreyshn74 - stock.adobe.com

Der LVR ist Träger von 38 Förderschulen – 5 davon allein in Köln

2020 hat die Stadt Köln eine Umlage in Höhe von 381,4 Millionen Euro an den Landschaftsverband Rheinland gezahlt – ein Großteil davon floss in Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen. Neben Mitteln zur Förderung der Kindertagesbetreuung wurde ein weiterer Teil in den Kultursektor investiert.

Das LVR beschäftigt allein in Köln mehr als 4700 Mitarbeitende und gehört demnach zu den größeren Arbeitgebern der Region. Ein Kernelement der Arbeit des LVR stellt die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen dar. Dazu zählen im Wesentlichen Bereiche wie Frühförderung, medizinische Rehabilitation, die Teilhabe am Arbeitsleben sowie Leistungen zum Wohnen und zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft. „Inklusion ist das politische Leitziel des Landschaftsverbandes Rheinland und einer der allgemeinen Grundsätze der UN-Behindertenrechtskonvention. Für deren Umsetzung setzt sich der LVR mit großem Engagement ein – und zwar in allen Lebensbereichen: Schule, Arbeitswelt und Wohnen ebenso wie Kultur, Freizeit und Sport“, so Michael Sturmberg, LVR-Pressereferent.

Nicht umsonst gibt es in Köln fünf LVR-Förderschulen, in denen über 910 Kinder und Jugendliche unterrichtet werden. Insgesamt


ist der LVR Träger von 41 Schulen, davon 38 Förderschulen mit den Förderschwerpunkten „Körperliche und motorische Entwicklung“, „Sehen“, „Sprache“, „Hören und Kommunikation“, „Emotionale und soziale Entwicklung“. Weiterhin gehören zum LVR ein Berufskolleg und zwei Schulen für Kranke.

Doch intensive Betreuung in den ersten 20 Lebensjahren reicht nicht aus, denn die meisten Behinderungen begleiten die Betroffenen ihr Leben lang. So ist das LVR-Inklusionsamt beispielsweise zuständig für die Teilhabe schwerbehinderter Menschen und ihnen Gleichgestellter auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Es bietet sowohl für Arbeitgeber als auch für schwerbehinderte Menschen unterschiedliche Unterstützungsangebote an, um nur eine der vielen Maßnahmen des LVR für Menschen mit Behinderungen im Erwachsenenalter zu nennen.

Wer schon mit integrativen oder inklusi-

ven Einrichtungen zu tun hatte, weiß: Es geht darum, einen möglichst normalen Alltag zu gestalten. Der Fokus sollte auf den Gemeinsamkeiten zwischen Menschen mit und ohne Behinderung liegen und nicht auf den Unterschieden. Ausgehend von dem LVR-Aktionsplan „Gemeinsam in Vielfalt“, der am 7. April 2014 vom Landschaftsausschuss der 13. Landschaftsversammlung Rheinland beschlossen wurde, werden auch künftig die bedeutenden menschenrechtlichen Anliegen der BRK dauerhaft in der Arbeit des LVR verankert sein.

Ein weiterer Arbeitsbereich des LVR ist der Kultursektor, zu dem sowohl die LVR-Beratungs- und Forschungseinrichtungen zählen als auch die Museen, die das gesamte Spektrum von Geschichte, Kunst und Kultur im Rheinland aufzeigen – darunter beispielsweise das Max Ernst Museum in Brühl oder das MiQua, das Jüdische Museum des LVR im Archäologischen Quartier Köln. Neben den Museen, die in der Trägerschaft des LVR stehen, gibt es auch Häuser und Einrichtungen, die als Netzwerkpartner vom LVR institutionell gefördert werden, wie zum Beispiel der Zinkhütter Hof in Stolberg, der als Museum für Industrie-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Region Aachen die Entwicklung einer der ältesten Industrieregionen in Mitteleuropa zeigt. Was die Kriterien der Einrichtung bzw. Förderung kultureller Institutionen anbelangt, bildet auch hier die Inklusion die Grundlage des Handelns aller Menschen: „Grundsätzlich legt der LVR großen Wert auf Teilhabe, sodass möglichst allen Gruppen der Gesellschaft ein Zugang ermöglicht wird – unabhängig von Alter, Herkunft, Bildung, Religion, Geschlecht, Behinderung“, weiß Birgit Ströter, LVR-Pressereferentin.



Der LVR stellt demnach eine elementare Säule des sozialen und kulturellen Sektors im Rheinland dar, die es einerseits zu fördern gilt und die andererseits viel für die Gesellschaft tut und einen dementsprechend großen Outcome für die Bürger hat. 



STRANDBAR

LEVERKUSEN



-  DIE **BESONDERE EVENT-LOCATION**
DIREKT AM RHEINUFER
-  **TEILANMIETUNG** BEREITS AB
30 PERSONEN MÖGLICH /
AUCH **KOMPLETTANMIETUNG** NACH
ABSPRACHE MÖGLICH IN VERBINDUNG MIT EINER
GETRÄNKEPAUSCHALE
-  **OPTIONAL** MIT **CATERING, DJS, ZELT**
ODER **PAVILLON, DEKO** UVM.

Die Wohlfühl-oase im Neuland-Park

STRANDBAR LEVERKUSEN 📍 RHEINALLEE 7 [IM NEULAND-PARK] 📍 51373 LEVERKUSEN

WEITERE INFORMATIONEN UND TERMINANFRAGEN UNTER INFO@STRANDBARLEVERKUSEN.DE

WWW.STRANDBARLEVERKUSEN.DE

Gib deiner Geschäftsidee den richtigen Raum. IKEA.

Wir unterstützen dich dabei, ein neues Unternehmen von Anfang an bestmöglich auszustatten – oder ein bereits existierendes auf den neuesten Stand zu bringen. Bei IKEA findest du nicht nur die richtigen Möbel und Accessoires, sondern auch die passenden Services: von der Planung der Einrichtung bis zum Aufbau vor Ort.

Schließlich möchten wir nicht nur einfach dein Möbelhändler sein, sondern dir helfen, deinen Unternehmenstraum zu verwirklichen. Alles, was du für dich und dein Geschäft brauchst: [IKEA.de/Unternehmen](https://www.ikea.de/Unternehmen)



489.-/St.

GALANT Schiebetüren-
schrank. 160×45 cm,
120 cm hoch. 303.651.35

IKEA – Niederlassung Köln-Am Butzweilerhof,
Butzweilerstraße 51, 50829 Köln

So erreichst du uns per E-Mail:
Koeln.ButzweilerHof.Unternehmen.de@IKEA.com

IKEA – Niederlassung Köln-Godorf,
Godorfer Hauptstraße 171, 50997 Köln

So erreichst du uns per E-Mail:
Koeln.Unternehmen.de@IKEA.com

Mehr Infos und Angebote sowie unsere Öffnungszeiten findest du unter [IKEA.de/Köln-Butzweilerhof](https://www.ikea.de/Köln-Butzweilerhof) und [IKEA.de/Köln-Godorf](https://www.ikea.de/Köln-Godorf)
Preis gültig bei IKEA Köln, solange der Vorrat reicht. Dein Vertragspartner ist die IKEA Deutschland GmbH & Co. KG, Am Wandersmann 2–4, 65719 Hofheim-Wallau.

